

ANTRAG

Antragsteller*in: *Bastian De Monte, Julian Fritsch, Ines Holzegger, Annika Segel,
Sophie Wotschke*

Tagesordnungspunkt: *9.1 Anträge zu den Rechtsnormen*

R1: BJV, LYMEC & IFLRY Vorstandsmitglieder im eBuVo

Antragstext

1 Der Bundeskongress möge beschließen, folgende Änderungen an den Statuten
2 vorzunehmen:

3 Nach § 9 Abs 3 wird folgender Absatz eingefügt:
4 *(4) Von JUNOS nominierte Mitglieder im Vorstand der Bundesjugendvertretung, im*
5 *Bureau von LYMEC sowie im Bureau von IFLRY sind kraft ihres Amtes zusätzliche*
6 *stimmberechtigte Mitglieder des erweiterten Bundesvorstandes, sofern sie JUNOS-*
7 *Mitglied sind.*

8 Der bisherige § 9 Abs 4 wird zu § 9 Abs 5.
9 Der bisherige § 9 Abs 5 wird zu § 9 Abs 6.
10 Der bisherige § 9 Abs 6 wird zu § 9 Abs 7.
11 Der bisherige § 9 Abs 7 wird zu § 9 Abs 8.
12 Der bisherige § 9 Abs 8 wird zu § 9 Abs 9.
13 Der bisherige § 9 Abs 9 wird zu § 9 Abs 10.

Begründung

Als höchstes strategisches Gremium zwischen den Bundeskongressen ist es wichtig, dass der erweiterte Bundesvorstand Perspektiven und auch die Expertise aus allen Teilen der Organisation miteinbezieht. Neben den Landesverbänden und den bundesweiten Zweigvereinen ist auch eine enge Vernetzung mit unseren Vertreter:innen in den Vorständen unserer Dachorganisationen von großer Bedeutung, daher sollen diese in den erweiterten Bundesvorstand aufgenommen und in wichtige strategische Entscheidungen eingebunden

werden.

ANTRAG

Gremium: XXVII. Bundeskongress

Beschlussdatum: 03.06.2023

Tagesordnungspunkt: 9.1 Anträge zu den Rechtsnormen

R1NEU2: BJV, LYMEC & IFLRY Vorstandsmitglieder im eBuVo

Antragstext

1 Der Bundeskongress möge beschließen, folgende Änderungen an den Statuten
2 vorzunehmen:

3 Nach § 9 Abs 3 wird folgender Absatz eingefügt:
4 *(4) Von JUNOS nominierte Mitglieder im Vorstand der Bundesjugendvertretung, im*
5 *Bureau von LYMEC sowie im Bureau von IFLRY sind kraft ihres Amtes zusätzliche*
6 *stimmberechtigte Mitglieder des erweiterten Bundesvorstandes, sofern sie JUNOS-*
7 *Mitglied sind.*

8 Der bisherige § 9 Abs 4 wird zu § 9 Abs 5.
9 Der bisherige § 9 Abs 5 wird zu § 9 Abs 6.
10 Der bisherige § 9 Abs 6 wird zu § 9 Abs 7.
11 Der bisherige § 9 Abs 7 wird zu § 9 Abs 8.
12 Der bisherige § 9 Abs 8 wird zu § 9 Abs 9.
13 Der bisherige § 9 Abs 9 wird zu § 9 Abs 10.

Begründung

Als höchstes strategisches Gremium zwischen den Bundeskongressen ist es wichtig, dass der erweiterte Bundesvorstand Perspektiven und auch die Expertise aus allen Teilen der Organisation miteinbezieht. Neben den Landesverbänden und den bundesweiten Zweigvereinen ist auch eine enge Vernetzung mit unseren Vertreter:innen in den Vorständen unserer Dachorganisationen von großer Bedeutung, daher sollen diese in

den erweiterten Bundesvorstand aufgenommen und in wichtige strategische Entscheidungen eingebunden werden.

ANTRAG

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 9.1 Anträge zu den Rechtsnormen

R1NEU: BJV, LYMEC & IFLRY Vorstandsmitglieder im eBuVo

Antragstext

1 Der Bundeskongress möge beschließen, folgende Änderungen an den Statuten
2 vorzunehmen:

3 Nach § 9 Abs 3 wird folgender Absatz eingefügt:
4 *(4) Von JUNOS nominierte Mitglieder im Vorstand der Bundesjugendvertretung, im*
5 *Bureau von LYMEC sowie im Bureau von IFLRY sind kraft ihres Amtes zusätzliche*
6 *stimmberechtigte Mitglieder des erweiterten Bundesvorstandes, sofern sie JUNOS-*
7 *Mitglied sind.*

8 Der bisherige § 9 Abs 4 wird zu § 9 Abs 5.
9 Der bisherige § 9 Abs 5 wird zu § 9 Abs 6.
10 Der bisherige § 9 Abs 6 wird zu § 9 Abs 7.
11 Der bisherige § 9 Abs 7 wird zu § 9 Abs 8.
12 Der bisherige § 9 Abs 8 wird zu § 9 Abs 9.
13 Der bisherige § 9 Abs 9 wird zu § 9 Abs 10.

Begründung

Als höchstes strategisches Gremium zwischen den Bundeskongressen ist es wichtig, dass der erweiterte Bundesvorstand Perspektiven und auch die Expertise aus allen Teilen der Organisation miteinbezieht. Neben den Landesverbänden und den bundesweiten Zweigvereinen ist auch eine enge Vernetzung mit unseren Vertreter:innen in den Vorständen unserer Dachorganisationen von großer Bedeutung, daher sollen diese in den erweiterten Bundesvorstand aufgenommen und in wichtige strategische Entscheidungen eingebunden werden.

ANTRAG

Antragsteller*in: *Laura Feldler, Julian Fritsch, Ivana Monz, Jakob Vana, Sophie Wotschke*

Tagesordnungspunkt: *9.1 Anträge zu den Rechtsnormen*

R2: Schüler:innen mit Doppelpunkt

Antragstext

1 Der Bundeskongress möge beschließen, folgende Änderungen an den Statuten
2 vorzunehmen:

3 Der bisherige § 8 Abs 2b wird wie folgt geändert:
4 *(2b) Die Bundesvorsitzende des Zweigvereins Junge liberale Schüler:innen – JUNOS*
5 *ist kraft ihres Amtes ein zusätzliches stimmberechtigtes Mitglied des*
6 *Bundesvorstandes.*

7 Der bisherige § 13 Abs 7 lit a Ziffer iii wird wie folgt geändert:
8 *iii. Eine gewählte Landesvorsitzende oder bestellte Landeskoordinatorin des*
9 *Zweigvereins Junge liberale Schüler:innen – JUNOS ist kraft ihres Amtes ein*
10 *zusätzliches stimmberechtigtes Mitglied des Landesvorstandes.*

11 Der bisherige § 13 Abs 7 lit m Ziffer v wird wie folgt geändert:
12 *v. Koordination mit JUNOS Schüler:innen,*

13 Der Bundeskongress möge beschließen, folgende Änderungen an der Finanzordnung
14 vorzunehmen:

15 Der bisherige § 2 Abs 4 wird wie folgt geändert:
16 *(4) Mitgliedsbeiträge von Mitgliedern, die auch Mitglied von Junge liberale*
17 *Studierende – JUNOS oder Junge liberale Schüler:innen – JUNOS sind, werden zu*
18 *10% der jeweiligen Zweigorganisation zugewiesen. Bei gleichzeitiger*

19 *Mitgliedschaft in beiden Zweigorganisationen kommen die 10% beiden*
20 *Zweigorganisationen zu gleichen Teilen zugute. Der verbliebene Anteil der*
21 *Mitgliedsbeiträge entfällt zu 75% auf den Landesverband, zu 25% auf den Bund.*

Begründung

Bei der vergangenen Mitgliederversammlung der JUNOS Schüler:innen am 6. und 7. Mai in Wien wurde der Verein in *Junge liberale Schüler:innen* - jetzt mit Doppelpunkt statt Unterstrich gegendert - umbenannt. Um diese Formalie auch korrekt in den JUNOS Rechtsnormen abzubilden, soll dieser Antrag die betroffenen Stellen anpassen.

ANTRAG

Gremium: XXVII. Bundeskongress

Beschlussdatum: 03.06.2023

Tagesordnungspunkt: 9.1 Anträge zu den Rechtsnormen

R2NEU: Schüler:innen mit Doppelpunkt

Antragstext

1 Der Bundeskongress möge beschließen, folgende Änderungen an den Statuten
2 vorzunehmen:

3 Der bisherige § 8 Abs 2b wird wie folgt geändert:

4 *(2b) Die Bundesvorsitzende des Zweigvereins Junge liberale Schüler:innen – JUNOS*
5 *ist kraft ihres Amtes ein zusätzliches stimmberechtigtes Mitglied des*
6 *Bundesvorstandes.*

7 Der bisherige § 13 Abs 7 lit a Ziffer iii wird wie folgt geändert:

8 *iii. Eine gewählte Landesvorsitzende oder bestellte Landeskoordinatorin des*
9 *Zweigvereins Junge liberale Schüler:innen – JUNOS ist kraft ihres Amtes ein*
10 *zusätzliches stimmberechtigtes Mitglied des Landesvorstandes.*

11 Der bisherige § 13 Abs 7 lit m Ziffer v wird wie folgt geändert:

12 *v. Koordination mit JUNOS Schüler:innen,*

13 Der Bundeskongress möge beschließen, folgende Änderungen an der Finanzordnung
14 vorzunehmen:

15 Der bisherige § 2 Abs 4 wird wie folgt geändert:

16 *(4) Mitgliedsbeiträge von Mitgliedern, die auch Mitglied von Junge liberale*
17 *Studierende – JUNOS oder Junge liberale Schüler:innen – JUNOS sind, werden zu*

18 *10% der jeweiligen Zweigorganisation zugewiesen. Bei gleichzeitiger*
19 *Mitgliedschaft in beiden Zweigorganisationen kommen die 10% beiden*
20 *Zweigorganisationen zu gleichen Teilen zugute. Der verbliebene Anteil der*
21 *Mitgliedsbeiträge entfällt zu 75% auf den Landesverband, zu 25% auf den Bund.*

Begründung

Bei der vergangenen Mitgliederversammlung der JUNOS Schüler:innen am 6. und 7. Mai in Wien wurde der Verein in *Junge liberale Schüler:innen* - jetzt mit Doppelpunkt statt Unterstrich gegendert - umbenannt. Um diese Formalie auch korrekt in den JUNOS Rechtsnormen abzubilden, soll dieser Antrag die betroffenen Stellen anpassen.

ANTRAG

*Antragsteller*in: Johannes Bachleitner, Peter Berry, Julia Deutsch, Julian Fritsch, Sophie Wotschke*

Tagesordnungspunkt: 9.1 Anträge zu den Rechtsnormen

R3: Mindestunterstützung für Anträge zu den Rechtsnormen

Antragstext

1 Der Bundeskongress möge beschließen, folgende Änderungen an der
2 Geschäftsordnung vorzunehmen:

3 Der bisherige § 14 Abs 1 wird wie folgt geändert:

4 *(1) Anträge zum Statut oder zu weiteren Rechtsnormen des Vereins sind spätestens*
5 *zehn Tage vor dem Bundeskongress von mindestens fünf stimmberechtigten*
6 *Mitgliedern beim Bundesvorstand einzureichen.*

Begründung

Da Debatten über Statuten- und Geschäftsordnungsänderungen auf Bundeskongressen oft sehr viel Zeit einnehmen, soll die Hürde für das Einbringen von Anträgen zu den Rechtsnormen etwas angehoben werden, sodass aussichtslose, aber zeitintensive, Diskussionen vermieden werden können und mehr Zeit für andere Punkte bleibt. Gleichzeitig könnte man mit einer Anhebung der Hürde noch einmal unterstreichen, wie grundlegend Änderungen der Rechtsnormen für JUNOS sind. Natürlich soll die Hürde dabei insgesamt niedrig bleiben, sodass überlegte und spannende Anträge jedenfalls diskutiert werden können.

ANTRAG

Gremium: XXVII. Bundeskongress

Beschlussdatum: 03.06.2023

Tagesordnungspunkt: 9.1 Anträge zu den Rechtsnormen

R3NEU: Mindestunterstützung für Anträge zu den Rechtsnormen

Antragstext

1 Der Bundeskongress möge beschließen, folgende Änderungen an der
2 Geschäftsordnung vorzunehmen:

3 Der bisherige § 14 Abs 1 wird wie folgt geändert:

4 *(1) Anträge zum Statut oder zu weiteren Rechtsnormen des Vereins sind spätestens*
5 *zehn Tage vor dem Bundeskongress von mindestens fünf stimmberechtigten*
6 *Mitgliedern beim Bundesvorstand einzureichen.*

Begründung

Da Debatten über Statuten- und Geschäftsordnungsänderungen auf Bundeskongressen oft sehr viel Zeit einnehmen, soll die Hürde für das Einbringen von Anträgen zu den Rechtsnormen etwas angehoben werden, sodass aussichtslose, aber zeitintensive, Diskussionen vermieden werden können und mehr Zeit für andere Punkte bleibt. Gleichzeitig könnte man mit einer Anhebung der Hürde noch einmal unterstreichen, wie grundlegend Änderungen der Rechtsnormen für JUNOS sind. Natürlich soll die Hürde dabei insgesamt niedrig bleiben, sodass überlegte und spannende Anträge jedenfalls diskutiert werden können.

ANTRAG

Antragsteller*in: Bundeskongress

Tagesordnungspunkt: 9.2 Leitantrag des Bundesvorstands

LANEU2: Aufstieg neu denken! Die liberale Arbeitswelt von morgen

Antragstext

1 **Wir gestalten die liberale Arbeitswelt von morgen.**

2 Für uns stellt Arbeit ein grundlegendes, menschliches Bedürfnis dar. Oft wird
3 die Debatte zum Thema "Arbeit" auf die Perspektive der Arbeitnehmer:innen
4 reduziert. Das ist jedoch zu kurz gegriffen, da genauso Selbständigkeit und
5 Unternehmertum essenzielle Bestandteile der Arbeitswelt sind. Moderne
6 Arbeitspolitik muss also all diese Bereiche abdecken und von Beginn an
7 gesamtheitlich gedacht werden.

8 Davon ist Österreich noch Meilen entfernt. Die derzeitige Arbeitswelt in
9 Österreich ist keineswegs fit für die Zukunft und deren Herausforderungen. Nicht
10 umsonst belegt Österreich lediglich Platz 20 von 63 im "Competitiveness
11 Index"[\[1\]](#) und liegt somit hinter anderen europäischen Ländern wie den
12 Niederlanden, Deutschland oder den nordischen Staaten. Wir Liberale erkennen die
13 Zeichen der Zeit und wollen die passenden Rahmenbedingungen für eine moderne
14 Arbeitswelt schaffen. Wir dürfen den Status quo nicht hinnehmen. Unser Anspruch
15 ist es, durch liberale Arbeitspolitik den Wohlstand in Österreich nicht nur zu
16 erhalten, sondern ihn durch Unternehmergeist, Arbeitswillen und Innovation
17 weiter auszubauen! Wir wollen ein Land, in dem sich jede:r aus eigener Kraft
18 etwas aufbauen kann. **Wir wollen ein neues Aufstiegsversprechen.** Das geht nur mit
19 einer modernen, zukunftsgerichteten Arbeitswelt und dafür müssen wir die
20 bestehenden Strukturen neu denken.

21 **Sozialstaat neu denken**

22 Für einen modernen Sozialstaat braucht es vor allem zwei Dinge: zielgerichtete
23 und transparente Transferleistungen des Staates an die mündigen Bürger:innen.

24 **Liberales Bürgergeld einführen:** Wir JUNOS fordern deshalb bereits die Einführung
25 einer negativen Einkommensteuer in Form eines Bürgergeldes, um das derzeitige
26 "System der 1.000 Ämter" zu vereinfachen und zu modernisieren und ein System zu
27 schaffen, in dem es sich immer lohnt, arbeiten zu gehen. Wir verweisen hier auf
28 unseren Beschluss *Einführung des liberalen Bürgergeldes*[\[2\]](#) und wollen diesen
29 noch einmal bekräftigen.

30 **Arbeitslosengeld degressiv gestalten:** Des Weiteren fordern wir JUNOS die
31 Einführung eines degressiven Arbeitslosengeldes. Denn in Österreich dauert die
32 Arbeitslosigkeit überdurchschnittlich lange: so finden nicht einmal 10% einen
33 Monat, nachdem sie arbeitslos geworden sind, wieder einen Job und auch nach 3
34 Monats sind es nur knapp über 30%.[\[3\]](#) Wir müssen daher Anreize setzen, dass es
35 sich lohnt, schneller wieder in den Arbeitsmarkt einzusteigen. So tritt man auch
36 dem volkswirtschaftlichen Problem der Langzeitarbeitslosigkeit entgegen. Konkret
37 treten wir JUNOS für folgendes Modell ein:

38 Statt wie bisher 55% sollen bis zu 75% des durchschnittlichen Nettogehaltes der
39 Person im Rahmen des Bürgergelds ausgezahlt werden. Hierbei ist eine Obergrenze
40 von derzeit 2.500 € netto angemessen. Dieser Betrag soll sich nach den ersten
41 zwei sowie nach den ersten vier Monaten jeweils um 10% reduzieren. Danach wird
42 der Betrag in weiteren 2-Monats-Schritten jeweils um 5% des durchschnittlichen
43 Nettogehalts der Person reduziert, bis am Ende nur mehr in der Höhe des
44 Mindestbezuges das liberale Bürgergeld ausbezahlt wird. Während des Erhalts des
45 Arbeitslosengelds kann einer geringfügigen Arbeit nachgegangen werden. Dies kann
46 auf kurze Sicht zielführend sein, führt aber auf lange Sicht zu einer
47 Ungerechtigkeit gegenüber arbeitenden Menschen, daher fordern wir, dass ab dem
48 dritten Monat einer geringfügigen Beschäftigung während der formellen
49 Arbeitslosigkeit das Einkommen zu dem Steuersatz, der inklusive Bürgergeld
50 anfallen würde, steuerpflichtig ist.[\[4\]](#)

51 **Berufswelt neu denken**

52 Um die derzeitige Berufswelt auf die Zukunft auszurichten, braucht es
53 Leistungsanreize. Vollzeit zu arbeiten, muss sich wieder lohnen. Das derzeitige
54 System benachteiligt alle Arbeitenden. Alle, die aufstehen und arbeiten gehen.
55 Alle, die ihr Leben selbst in die Hand nehmen. Egal, ob die Tischlerin, der
56 Krankenpfleger oder der Bankangestellte.

57 **Unternehmensindividuelle Lösungen statt gesetzlicher 4-Tage-Woche:** Eine

58 staatlich vorgeschriebene 4-Tage-Woche für alle Unternehmen halten wir JUNOS für
59 nicht zweckmäßig. Die Angestellten und Unternehmer:innen sollen frei entscheiden
60 können, in welchem Arbeitszeitmodell sie arbeiten. Wer eine 4-Tage-Woche für
61 alle fordert, verkennt die unterschiedlichen Arbeitsrealitäten sowie den
62 eklatanten Arbeitskräftemangel in unserem Land. Wir fordern daher die Schaffung
63 eines größtmöglichen gesetzlichen Spielraumes für die Etablierung solcher
64 flexiblen Arbeitszeitmodelle.

65 **Freie Preisbildung statt Mindestlohn:** Außerdem sind wir für die privatautonome
66 Gestaltung von Dienstverträgen, hier braucht es keine staatliche Bevormundung.
67 Daher sind wir gegen gesetzliche Mindestlöhne, denn für uns ist klar, dass
68 Mindestlöhne primär geeignet sind, noch mehr Arbeitslosigkeit zu schaffen.[\[5\]](#)
69 Die Anzahl an Arbeitstagen und die Löhne sollen die Unternehmen und
70 Beschäftigten selbst regeln und nicht durch die Politik vorgeschrieben werden.
71 Das impliziert das Abschaffen von verpflichtenden Kollektivverträgen.[\[6\]](#)

72 **Einkommensteuer radikal senken:** Zudem braucht es in Zeiten wie diesen mehr denn
73 je eine radikale Senkung der Einkommensteuer, insbesondere der unteren
74 Steuerklassen.[\[7\]](#) Bereits mit einem Einkommen von über 32.000 € netto zahlt man
75 internationale Spitzensteuersätze. Deshalb ist es vielen arbeitenden Menschen
76 unmöglich, sich etwas aus eigener Kraft aufzubauen. Wir JUNOS fordern daher die
77 Senkung der Steuer- und Abgabenlast auf Arbeitseinkommen auf allerhöchstens 33%.

78 **Grenzenloses Office und Homeoffice:** Jede:r soll außerdem bei Möglichkeit arbeiten
79 können, wo er/sie will! Wenn man dazu berechtigt ist, Telearbeit in Anspruch zu
80 nehmen, soll diese, wo es der Erfüllung des Arbeitsauftrags nicht abträglich
81 ist, auch ohne zeitliche Einschränkung im Ausland verrichtet werden können. Vor
82 allem für junge Menschen ist ein solches ortsunabhängiges Arbeitsmodell
83 attraktiv und schafft einerseits neue Möglichkeiten, wertvolle, internationale
84 Erfahrungen zu sammeln und andererseits Verpflichtungen, wie
85 Betreuungspflichten, besser nachgehen zu können. Wir fordern daher klare
86 arbeits-, sozial- und steuerrechtliche Regelungen für diesen Fall.

87 **Früher Start ins Berufsleben statt Zwangsdienst absitzen:** Österreich ist eines
88 der wenigen europäischen Länder, in denen junge Männer, bevor sie in ihre
89 Ausbildung oder ihr Berufsleben starten können, einen Heeres- oder Zivildienst
90 absitzen müssen. Die schlechte Entlohnung und die oft sinnlosen Aufgaben rauben
91 den jungen Männern Zeit, die sie bereits in ihr Berufsleben investieren könnten.
92 Auch gesamtgesellschaftlich ist dieses System, ob seiner enormen
93 Opportunitätskosten, zu überdenken. So könnte man die Einkommensteuern, die auf
94 die äquivalent in der Privatwirtschaft verrichtete Arbeitsleistung entfallen
95 würde, in ein Berufsheer und mehr Sanitätspersonal investieren. Wir fordern
96 daher ein attraktives Freiwilliges Soziales Jahr statt Zwangsdienst für junge

97 Männer.

98 **Arbeitswunschort Austria:** Gerade in Zeiten des Fachkräftemangels ist es
99 essenziell, so schnell wie möglich qualifizierte Arbeitnehmer:innen anzuwerben,
100 da diese international begehrt sind. Um den Wirtschaftsstandort Österreich zu
101 sichern, müssen ausländischer Qualifikationen unbürokratischer und schneller
102 anerkannt werden. Außerdem sollen ausländische Arbeitskräfte bewusst angeworben
103 und durch schnellere Verfahren und Verfahrenshilfen zur Erreichung einer
104 Arbeitserlaubnis unterstützt werden, um somit Österreich als Arbeitsort zu
105 attraktiveren. Daher fordern wir ein Einwanderungsgesetz mit einem einfachen und
106 transparenten Punktesystem nach kanadischem Vorbild.

107 Um eine moderne Arbeitswelt zu schaffen, fordern wir JUNOS außerdem:

- 108 • die Abschaffung des Kammerzwangs gemäß unseres Beschlusses *Freiwillige*
109 *Interessensvertretung statt Kammerzwang*[\[8\]](#);
- 110 • den transparenten Lohnzettel (genaue Aufschlüsselung der gesamten Abgaben,
111 Steuern und Sozialversicherungsbeiträge und inkl. der Arbeitgeberkosten);
- 112 • Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch flächendeckende
113 Ganztagesbetreuung in Schulen und Kindergärten;
- 114 • die weitgehende Abschaffung von Gebühren für grundlegende Services bei
115 Behörden (zB Leumundszeugnis).

116 **Bildung ist Bürger:innenrecht und Fundament des Aufstiegs**

117 "Bildung ermöglicht Menschen persönliche Entfaltung frei von familiären,
118 sozialen oder staatlichen Zwängen. Sie soll Menschen hervorbringen, die
119 Ausbildungs-, Berufs- und Lebensentscheidungen mündig und unbeeinflusst treffen
120 können. Schule hat zum Ziel unter Rücksicht auf altersabhängige und individuelle
121 Entwicklungsschritte Menschen bei ihrem zur Mündigkeit führenden Bildungsprozess
122 zu unterstützen, sowie notwendige Kulturtechniken, Kenntnisse, Inhalte und
123 Kompetenzen zu vermitteln. Schule muss Ermöglichungsbedingungen für junge
124 Menschen schaffen. " Dieses Zitat aus dem Beschluss *Bildung ist*
125 *Bürger:innenrecht: Die liberale Schule*[\[9\]](#) - beschlossen am 10.07.2021 durch den
126 XXIII. BuKo - verdeutlicht, wie wichtig Bildung, Ausbildung und Weiterbildung
127 für die Erneuerung des Aufstiegsversprechen sind, denn sie sind das Fundament
128 für jeglichen sozialen wie ökonomischen Aufstieg. Wir bekennen uns daher zu
129 einer umfassenden Bildungsreform im Sinne unseres oben genannten Antrags und
130 verweisen hier auf diesen.

131

132

Berufliche Weiterbildung neu denken

133 Wir wollen allen Berufstätigen Lebenslanges Lernen ermöglichen, denn nur so
134 werden wir in Zeiten von künstlicher Intelligenz und immer schnellerer
135 Innovation wettbewerbsfähig bleiben.

136 **Aufstiegskonto einführen:** In Zukunft sollen alle Aus- und Weiterbildungsangebote
137 steuerlich absetzbar sein, egal ob diese im Zusammenhang mit dem eigenen Beruf
138 stehen oder nicht.

139 **Unternehmen x Hochschulen:** Eine stärkere Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und
140 Bildungseinrichtungen soll dazu beitragen, dass die vermittelten Bildungsinhalte
141 besser auf die Anforderungen des Arbeitsmarktes abgestimmt sind. Unternehmen und
142 Hochschulen oder Berufsschulen können etwa Partnerschaften eingehen, um einander
143 gegenseitig zu unterstützen.

144 **Work and Travel Programm "Bildungskarenz" abschaffen:** Die Möglichkeit der
145 Bildungskarenz soll abgeschafft werden und durch zielgerichtete Maßnahmen
146 ersetzt werden, die eine spätere berufliche Veränderung ermöglichen und fördern.
147 Damit bilden wir die Realität einer sich schnell verändernden Wirtschaftswelt ab
148 und stellen sicher, dass jede:r die Möglichkeit hat, mit dieser Veränderung
149 Schritt zu halten und durch eigene Leistung von ihr zu profitieren.

150

Unternehmertum neu denken

151 Vor allem die Unternehmensgründung und der Schritt in die Selbstständigkeit ist
152 für junge Menschen eine Herausforderung. Hier müssen die richtigen
153 Rahmenbedingungen geschaffen werden, um Gründerprozesse zu vereinfachen und
154 Unternehmertum zu fördern. Österreich belegt in der Rangliste der besten Länder
155 für Startups und Unternehmertum [\[10\]](#) nur Platz 19 und liegt damit hinter vielen
156 europäischen Staaten. Das können wir besser! Beispielsweise nach dem Vorbild
157 Deutschlands, das hier aktuell auf Rang 1 liegt. Laut EU-Kommission ist es das
158 Ziel, eine Unternehmensgründung innerhalb von 3 Tagen möglich zu machen.
159 Österreich verfehlt dieses Ziel meilenweit, bei uns dauert eine Gründung derzeit
160 im Schnitt 25 Tage. Statt den Unternehmer:innen mit neuen Steuern Steine in den
161 Weg zu legen, braucht es endlich Freiheit für unsere Unternehmen.

162 **Gründungsprozesse vereinfachen:** Es braucht eine Vereinfachung und Verbilligung
163 von Gründungsprozessen, die dazu beitragen, dass mehr Unternehmen gegründet und
164 somit auch mehr Arbeitsplätze geschaffen werden. Hier sollen sowohl die Kosten,

165 als auch die formellen Hürden einer Gesellschaftsgründung erheblich gesenkt
166 werden.. Wir JUNOS wollen, dass die Gründung einer Gesellschaft innerhalb von 24
167 Stunden möglich ist.

168 **Freie Gewerbe statt Überregulierung:** Wir JUNOS fordern eine Entbürokratisierung
169 der Gewerbeordnung, hier verweisen wir auf unseren Beschluss *Reform der*
170 *Gewerbeordnung*[\[11\]](#).

171 **Nein zur Maschinensteuer:** Wir sprechen uns klar gegen eine Maschinensteuer aus,
172 da diese Innovation und Wirtschaftswachstum im Weg steht.

173 **Förderung von Innovationskraft:** Die Zusammenarbeit von Unternehmen und
174 Forschungs-/Bildungseinrichtungen muss steuerlich begünstigt werden, damit
175 Österreich zu einem Land der Wissenschaft und Innovation wird. Denn oftmals
176 fehlt in der Wissenschaft das Geld für teure Forschungsprojekte. Davon
177 profitieren beide Seiten, die Hochschulen durch ein besseres Budget und die
178 Unternehmen durch zielgerichtete, praxisnahe und ergebnisorientierte Forschung.
179 Um Anreize dafür zu schaffen, soll das Engagement der Unternehmen
180 steuerbegünstigt sein.

181 **Gründungsfonds schaffen:** Die Einführung eines teilprivatisierten Gründungsfonds
182 soll als Finanzierungsquelle für junge Unternehmerinnen und Unternehmer dienen,
183 die schnell und unbürokratisch Gründungskredite vergeben. Die Unternehmer:innen,
184 die in diesen Fond investieren, indem sie Anteile an diesem Fonds halten, sollen
185 diese Investitionen KEST-befreit leisten können. Der Gründungsfonds kann und
186 soll auch als Risikokapitalgeber agieren und junge Unternehmen unterstützen, die
187 innovative Ideen haben, aber keine ausreichenden Sicherheiten bieten können, um
188 traditionelle Bankkredite zu erhalten.

189 **Lohnnebenkosten senken:** Um die Unternehmen nachhaltig zu entlasten und die
190 Einstellung neuer Mitarbeiter:innen attraktiver zu machen, fordern wir eine
191 Senkung der Lohnnebenkosten. Auch diese zählen im internationalen Vergleich in
192 Österreich zu den höchsten weltweit. Erhält ein:e Dienstnehmer:in 34.000 €
193 netto, so zahlt der Dienstgeber dafür knapp 66.000 €! An Neueinstellungen
194 verdient aktuell primär der Staat, zu Lasten der Wettbewerbsfähigkeit
195 österreichischer Unternehmen. Neben einer generellen Reduzierung fordern wir
196 konkret die Abschaffung der Kommunalsteuer, des Zuschlags zum Insolvenz-
197 Entgeltsicherungsgesetz, der Arbeiterkammerumlage und des
198 Wohnbauförderungsbeitrag.
199 Wir sagen ganz klar: es muss mehr Netto vom Brutto geben!

200 **Künstliche Intelligenz und digitale Infrastruktur:** Künstliche Intelligenz wird

201 einer der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren der Zukunft. Doch derzeit verschläft
202 Österreich diesen Fortschritt, während andere europäische Länder hier eine
203 Vorreiterstellung einnehmen.[\[12\]](#) Die Forschung zu künstlicher Intelligenz soll
204 daher von Hochschulen stärker behandelt werden. Um hier auch gleichzeitig den
205 Wirtschaftsstandort Österreich zu stärken und Forschung auch finanziell zu
206 stützen, müssen Ausgründungen aus Universitäten vereinfacht ermöglicht werden.
207 Zwar sehen wir KI grundlegend als Chance für die Gegenwart und Zukunft, wir
208 verschließen unsere Augen aber auch nicht vor den Gefahren von KI. Deshalb
209 braucht es auf europäischer Ebene klare Regeln betreffend die Nutzung von KI,
210 beispielsweise im Urheberrecht, um einen fairen Markt sicherzustellen. Außerdem
211 fordern wir, dass digitale Infrastruktur im Rahmen der kritischen Infrastruktur
212 behandelt und dementsprechend modernisiert und ausgebaut wird. Hier noch länger
213 abzuwarten schadet unserem Wirtschaftsstandort.

214 **Gesellschaftsformen neu denken**

215 Österreichs Gesellschaftsrecht muss im 21. Jahrhundert ankommen. Die GmbH wurde
216 1906 geschaffen, die AG 1966. Doch die Gründung dieser Gesellschaftsformen
217 stellt oft eine zu große Hürde dar. OG und KG hingegen haben wieder Nachteile
218 bei Haftung und Besteuerung. Wir wollen eine moderne Unternehmensform für junge
219 Unternehmerinnen und Unternehmer schaffen.

220 **Einführung einer Austria Limited:** Wir fordern daher die Schaffung einer Austria
221 Limited als Gesellschaftsform. Dadurch ist es jungen Unternehmer:innen leichter
222 möglich, eine Kapitalgesellschaft zu gründen. Länder in denen ähnliche
223 Gesellschaftsformen bereits existieren schneiden bei Neugründungen deutlich
224 besser ab.

225 Die Austria Limited ist mit Rechtspersönlichkeit ausgestattet und bildet eine
226 weitere Form der Kapitalgesellschaft, mit der charakteristischen beschränkten
227 Haftung. Die Mindesteinlage der Limited soll bei 1 € statt wie bisher 35.000 €
228 bei einer GmbH liegen. Um den Wettbewerb nicht zu verzerren können nur
229 natürliche Personen Inhaber:in sein. Ab einem Umsatz von 1 Mio. € bzw. zwei Mal
230 hintereinander 700.000 € wird die Gesellschaft automatisch in eine GmbH
231 umgewandelt. Der Betrag, der zur Mindesteinlage der GmbH fehlt, ist dann
232 aufzuzahlen bzw. einzubringen und von der Steuer zu befreien.

233 [\[1\]https://worldcompetitiveness.imd.org/countryprofile/AT/wcy](https://worldcompetitiveness.imd.org/countryprofile/AT/wcy)

234 [\[2\]Einführung des liberalen Bürgergelds](#), beschlossen durch den VI.

235 Bundeskongress in St. Pölten

236 [\[3\]https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/wirtschaft/oesterreich/2121377-
237 Oesterreich-mit-ueberdurchschnittlich-vielen-Langzeitarbeitslosen.html](https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/wirtschaft/oesterreich/2121377-Oesterreich-mit-ueberdurchschnittlich-vielen-Langzeitarbeitslosen.html)

238

239 [\[4\]](#) Beispiel: Bürgergeld in der Höhe von 10.000 € p.a., geringfügiges Einkommen
240 von 5.000 € p.a., Gesamteinkommen 15.000 € p.a. Steuersatz auf das 10.691€
241 übersteigende Einkommen wäre 10%. Daher: 4.309 € werden mit 10% besteuert.
242 (jeweils aktueller Regelsteuersatz)

243 [\[5\]Mindestlohn bedeutet Mindestarbeitslosigkeit](#), beschlossen durch den III.
244 Bundeskongress in Wien

245 [\[6\]Programm für eine neue Generation](#), beschlossen durch den XV. Bundeskongress
246 in Wien

247 [\[7\]Flat Tax: Revolution des Steuersystems](#), beschlossen durch den V.
248 Bundeskongress in Graz

249 [\[8\]Freiwillige Interessensvertretung statt Kammerzwang](#), beschlossen durch den
250 II. Bundeskongress in Wien

251 [\[9\]Bildung ist Bürger:innenrecht: Die liberale Schule](#), beschlossen durch XXIII.
252 Bundeskongress in Rankweil

253 [\[10\]https://de.statista.com/statistik/daten/studie/731835/umfrage/top-20-der-
254 besten-laender-fuer-startups-nach-dem-best-countries-ranking/](https://de.statista.com/statistik/daten/studie/731835/umfrage/top-20-der-besten-laender-fuer-startups-nach-dem-best-countries-ranking/)

255 [\[11\]Reform der Gewerbeordnung](#), beschlossen durch den VIII. Bundeskongress in
256 Innsbruck

257 [\[12\]https://www.brookings.edu/blog/techtank/2022/01/12/how-countries-are-
258 leveraging-computing-power-to-achieve-their-national-artificial-intelligence-
strategies/amp/](https://www.brookings.edu/blog/techtank/2022/01/12/how-countries-are-leveraging-computing-power-to-achieve-their-national-artificial-intelligence-strategies/amp/)

ANTRAG

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 9.2 Leitantrag des Bundesvorstands

LANEU: Aufstieg neu denken! Die liberale Arbeitswelt von morgen

Antragstext

1 **Wir gestalten die liberale Arbeitswelt von morgen.**

2 Für uns stellt Arbeit ein grundlegendes, menschliches Bedürfnis dar. Oft wird
3 die Debatte zum Thema "Arbeit" auf die Perspektive der Arbeitnehmer:innen
4 reduziert. Das ist jedoch zu kurz gegriffen, da genauso Selbständigkeit und
5 Unternehmertum essenzielle Bestandteile der Arbeitswelt sind. Moderne
6 Arbeitspolitik muss also all diese Bereiche abdecken und von Beginn an
7 gesamtheitlich gedacht werden.

8 Davon ist Österreich noch Meilen entfernt. Die derzeitige Arbeitswelt in
9 Österreich ist keineswegs fit für die Zukunft und deren Herausforderungen. Nicht
10 umsonst belegt Österreich lediglich Platz 20 von 63 im "Competitiveness
11 Index"[\[1\]](#) und liegt somit hinter anderen europäischen Ländern wie Israel, Taiwan
12 und den Niederlanden, aber etwa auch Deutschland und die nordischen Staaten
13 schneiden besser ab. Wir Liberale erkennen die Zeichen der Zeit und wollen die
14 passenden Rahmenbedingungen für eine moderne Arbeitswelt schaffen. Wir dürfen
15 den Status quo nicht hinnehmen. Unser Anspruch ist es, durch liberale
16 Arbeitspolitik den Wohlstand in Österreich nicht nur zu erhalten, sondern ihn
17 durch Unternehmergeist, Arbeitswillen und Innovation weiter auszubauen! Wir
18 wollen ein Land, in dem sich jede:r aus eigener Kraft etwas aufbauen kann. **Wir**
19 **wollen ein neues Aufstiegsversprechen.** Das geht nur mit einer modernen,
20 zukunftsgerichteten Arbeitswelt und dafür müssen wir die bestehenden Strukturen
21 neu denken.

Sozialstaat neu denken

Für einen modernen Sozialstaat braucht es vor allem zwei Dinge: zielgerichtete und transparente Transferleistungen des Staates an die mündigen Bürger:innen.

Liberales Bürgergeld einführen: Wir JUNOS fordern deshalb bereits die Einführung einer negativen Einkommenssteuer in Form eines Bürgergeldes, um das derzeitige "System der 1.000 Ämter" zu vereinfachen und zu modernisieren und ein System zu schaffen, in dem es sich immer lohnt, arbeiten zu gehen. Wir verweisen hier auf unseren Beschluss *Einführung des liberalen Bürgergeldes*[\[2\]](#) und wollen diesen noch einmal bekräftigen.

Arbeitslosengeld degressiv gestalten: Des Weiteren fordern wir JUNOS die Einführung eines degressiven Arbeitslosengeldes. Denn in Österreich dauert die Arbeitslosigkeit überdurchschnittlich lange: so finden nicht einmal 10% einen Monat, nachdem sie arbeitslos geworden sind, wieder einen Job und auch nach 3 Monaten sind es nur knapp über 30%.[\[3\]](#) Wir müssen daher Anreize setzen, dass es sich lohnt, schneller wieder in den Arbeitsmarkt einzusteigen. So tritt man auch dem volkswirtschaftlichen Problem der Langzeitarbeitslosigkeit entgegen. Konkret treten wir JUNOS für folgendes Modell ein:

Statt wie bisher 55% sollen bis zu 75% des durchschnittlichen Nettogehaltes im Rahmen des Bürgergelds ausgezahlt werden. Hierbei ist eine Obergrenze von derzeit 2.500 € netto angemessen. Dieser Betrag soll sich nach den ersten zwei sowie nach den ersten vier Monaten jeweils um 10% reduzieren. Danach wird der Betrag in weiteren 2-Monats-Schritten jeweils um 5% des durchschnittlichen Nettogehalts reduziert, bis am Ende nur mehr in der Höhe des Mindestbezuges das liberale Bürgergeld ausbezahlt wird. Während des Erhalts des Arbeitslosengelds kann einer geringfügigen Arbeit nachgegangen werden. Dies kann auf kurze Sicht zielführend sein, führt aber auf lange Sicht zu einer Ungerechtigkeit gegenüber arbeitenden Menschen, daher fordern wir, dass ab dem dritten Monat einer geringfügigen Beschäftigung während der formellen Arbeitslosigkeit das Einkommen zu dem Steuersatz, der inklusive Bürgergeld anfallen würde, steuerpflichtig ist.[\[5\]](#)

Berufswelt neu denken

Um die derzeitige Berufswelt auf die Zukunft auszurichten, braucht es Leistungsanreize. Vollzeit zu arbeiten, muss sich wieder lohnen. Das derzeitige System benachteiligt alle Arbeitende. Alle, die aufstehen und arbeiten gehen. Alle, die ihr Leben selbst in die Hand nehmen. Egal, ob die Tischlerin, der Krankenpfleger oder der Bankangestellte.

58 **Unternehmensindividuelle Lösungen statt gesetzlicher 4-Tage Woche:** Eine
59 staatlich vorgeschriebene 4-Tage-Woche für alle Unternehmen halten wir JUNOS für
60 nicht zweckmäßig. Die Angestellten und Unternehmer:innen sollen frei entscheiden
61 können, in welchem Arbeitszeitmodell sie arbeiten. Für den IT-Dienstleister mag
62 eine 4-Tage-Woche attraktiv sein, hingegen ist für manche Schichtbetriebe sowie
63 die Tourismus- oder Gastronomiebranche eine 4-Tage-Woche schwierig zu
64 implementieren. Wer eine 4-Tage-Woche für alle fordert, verkennt die
65 unterschiedlichen Arbeitsrealitäten sowie den eklatanten Arbeitskräftemangel in
66 unserem Land. Wir fordern daher die Schaffung eines größtmöglichen
67 gesetzlichen Spielraumes für die Etablierung solcher flexiblen
68 Arbeitszeitmodelle.

69 **Freie Preisbildung statt Mindestlohn:** Außerdem sind wir für die privatautonome
70 Gestaltung von Dienstverträgen, hier braucht es keine staatliche Bevormundung.
71 Daher sind wir gegen gesetzliche Mindestlöhne, denn für uns ist klar, dass
72 Mindestlöhne primär geeignet sind, noch mehr Arbeitslosigkeit zu schaffen.[\[6\]](#)
73 Die Anzahl an Arbeitstagen und die Löhne sollen die Unternehmen und
74 Beschäftigten selbst regeln und nicht durch die Politik vorgeschrieben werden.
75 Das impliziert das Abschaffen von verpflichtenden Kollektivverträgen und
76 gesetzlichen Feiertagen.

77 **Einkommenssteuer radikal senken und junge Menschen radikal entlasten:** Zudem
78 braucht es in Zeiten wie diesen mehr denn je eine radikale Senkung der
79 Einkommenssteuer, insbesondere der unteren Steuerklassen.[\[7\]](#) Bereits mit einem
80 Einkommen von über 32.000 € netto zahlt man internationale Spitzensteuersätze.
81 Deshalb ist es vielen arbeitenden Menschen unmöglich, sich etwas aus eigener
82 Kraft aufzubauen. Wir JUNOS fordern daher die Senkung der Steuer- und
83 Abgabenlast auf Arbeitseinkommen auf allerhöchstens 33% und auf 0% für
84 Arbeitnehmer:innen unter 25. Weiters fordern wir eine Einkommensteuerbefreiung
85 für junge Erwerbstätige bis zu einem Alter von 30 Jahren nach dem Vorbild
86 Ungarns. Die Einkommensteuerbefreiung betrifft Einkünfte aus selbstständiger und
87 nicht selbstständiger Arbeit bis zur Höhe des Durchschnittsgehalts von einem
88 Bruttojahreseinkommen (Median) der ganzjährig Vollzeitbeschäftigten: 45 595
89 Euro. Alle jungen Menschen kommen in den Genuss der Steuerbefreiung, auch
90 diejenigen, die in diesem Jahr nur für einen kürzeren Zeitraum arbeiten, z. B.
91 während des Sommers als Studierende oder Teilzeitbeschäftigte. Die Erleichterung
92 wird automatisch gewährt, sie muss vom Arbeitgeber bei der Berechnung des
93 Gehalts sofort angewendet werden, d.h. die Erleichterung muss nicht ausdrücklich
94 beantragt oder dem Arbeitgeber gegenüber erklärt werden. Die
95 Einkommenssteuerbefreiung für junge Menschen könnte zu einem Modell werden, das
96 international Nachahmung findet. Derzeit gewähren in der EU nur Ungarn und Polen
97 diese Ausnahme. Diese Steuererleichterung ist ein Anreiz für junge Menschen,
98 früh in Österreich berufstätig zu werden, erleichtert die Finanzierbarkeit einer
99 Unternehmensgründung um ein Vielfaches und führt dazu, dass der Traum vom

100 Eigentum und Vermögensaufbau für junge Menschen in Österreich Realität wird.

101 **Überstunden steuerbegünstigen:** Zusätzlich wollen wir JUNOS all jene die extra
102 Meter gehen nicht bestrafen, sondern im Gegenteil, diese Leistung muss sich
103 wieder lohnen. Deswegen sollen die ersten die ersten 20 geleisteten Überstunden
104 steuerbegünstigt sein, ab einer Regelarbeitszeit von 140 Stunden im Monat, denn
105 ohne Fleiß kein Preis.

106
107 **Mehr Urlaub statt Feiertagsruhe:** In Österreich gibt es 13 staatliche Feiertage,
108 an denen Arbeitnehmer:innen Anspruch auf Ruhezeit haben. Wir JUNOS setzen uns
109 für die Abschaffung dieser Regelung und die gleichzeitige Erhöhung des
110 Urlaubanspruchs um neun Arbeitstage bzw. elf Werkstage ein.

111 **Senioritätsprinzip abschaffen:** Wir stehen für Chancengerechtigkeit und lehnen
112 daher das zentral verordnete Senioritätsprinzip ab, da es nicht nur eine
113 Diskriminierung der jungen Generation darstellt, sondern auch älteren
114 Generationen schadet. Nur aufgrund des Alters mehr zu verdienen ist nicht
115 leistungsgerecht und führt zu einer Vermögensverschiebung zu Ungunsten der
116 Jungen. Es ist außerdem ein Hauptfaktor für die grassierende
117 Altersarbeitslosigkeit, da viele Arbeitgeber lieber auf junge, günstigere
118 Arbeitskraft zurückgreifen als für die Arbeitskraft der älteren Generationen
119 doppelt zu zahlen, ein Preisunterschied, den selbst große Erfahrung oft nur
120 schwer wettmachen. Jedoch wollen wir nicht in die freie Vertragsbildung
121 regulierend eingreifen: Unternehmen muss es freistehen, ihre Personalpolitik so
122 zu gestalten, wie sie es für den besten Weg halten.

123 In Branchen in denen das Gehalt laut Kollektivvertrag, unverrückbar gleichzeitig
124 der Reallohn ist, wie etwa in der Sozialwirtschaft, oder in Gesundheitsberufen,
125 setzen wir uns allerdings für eine Beibehaltung des Senioritätsprinzips ein. In
126 diesen Bereichen kann das Gehalt nämlich nicht nach Erfahrung und Fähigkeiten in
127 Verhandlungen individuell nach oben nivelliert werden.

128 **Grenzenloses Office und Homeoffice:** Jede:r soll außerdem bei Möglichkeit arbeiten
129 können, wo er/sie will! Wenn man dazu berechtigt ist, Telearbeit in Anspruch zu
130 nehmen, soll diese, wo es der Erfüllung des Arbeitsauftrags nicht abträglich
131 ist, auch ohne zeitliche Einschränkung im Ausland verrichtet werden können. Vor
132 allem für junge Menschen ist ein solches ortsunabhängiges Arbeitsmodell
133 attraktiv und schafft einerseits neue Möglichkeit, wertvolle, internationale
134 Erfahrungen zu sammeln und andererseits Verpflichtungen, wie
135 Betreuungspflichten, besser nachgehen zu können. Wir fordern daher klare arbeits-
136 , sozial- und steuerrechtliche Regelungen für diesen Fall.

137
138 **Mitnahme von Tieren:** Die meisten Hausordnungen von öffentlichen Einrichtungen

139 sehen vor, dass Bedienstete im öffentlichen Dienst keine Tiere in die Arbeit
140 mitnehmen können. Wir JUNOS - Junge liberale NEOS sprechen uns für die
141 vereinfachte Mitnahme von Tieren für Bedienstete im öffentlichen Dienst in die
142 Arbeit aus. Voraussetzung für die Mitnahme von Tieren in die Arbeit kann eine
143 fachgerechte Ausbildung, wie für Hunde bereits im Beschluss „Einführung einer
144 bundesweiten Regelung zur Hundehaltung“ vom XXI. Bundeskongress gefordert, sein.
145 Außerdem kann es aus hygienischen Gründen und für gefährliche Tiere
146 Ausnahmeregelungen geben. In der Privatwirtschaft soll jedes Unternehmen selbst über
147 Regelungen zur Mitnahme von Tieren entscheiden.

148 **Früher Start ins Berufsleben statt Zwangsdienst absitzen:** Österreich ist eines
149 der wenigen europäischen Länder, in denen junge Männer, bevor sie in ihre
150 Ausbildung oder ihr Berufsleben starten können, einen Heeres- oder Zivildienst
151 absitzen müssen. Die schlechte Entlohnung und die oft sinnlosen Aufgaben rauben
152 den jungen Männern Zeit, die sie bereits in ihr Berufsleben investieren könnten.
153 Auch gesamtgesellschaftlich ist dieses System, ob seiner enormen
154 Opportunitätskosten, zu überdenken. So könnte man die Einkommenssteuern, die auf
155 die äquivalent in der Privatwirtschaft verrichtete Arbeitsleistung entfallen
156 würde, in ein Berufsheer und mehr Sanitätspersonal investieren. Wir fordern
157 daher ein attraktives Freiwilliges Soziales Jahr statt Zwangsdienst für junge
158 Männer.

159 **Arbeitswunschort Austria:** Gerade in Zeiten des Fachkräftemangels ist es
160 essenziell, so schnell wie möglich qualifizierte Arbeitnehmer:innen anzuwerben,
161 da diese international begehrt sind. Um den Wirtschaftsstandort Österreich zu
162 sichern, müssen ausländischer Qualifikationen unbürokratischer und schneller
163 anerkannt werden. Außerdem sollen ausländische Arbeitskräfte bewusst angeworben
164 und durch schnellere Verfahren und Verfahrenshilfen zur Erreichung einer
165 Arbeitserlaubnis unterstützt werden, um somit Österreich als Arbeitsort zu
166 attraktiveren. Daher fordern wir ein Einwanderungsgesetz mit einem einfachen und
167 transparenten Punktesystem nach kanadischem Vorbild.

168 Um eine moderne Arbeitswelt zu schaffen, fordern wir JUNOS außerdem:

- 169 • die Abschaffung des Kammerzwangs gemäß unseres Beschlusses *Freiwillige*
170 *Interessensvertretung statt Kammerzwang*[\[8\]](#);
- 171 • den transparenten Lohnzettel (genaue Aufschlüsselung der gesamten Abgaben,
172 Steuern und Sozialversicherungsbeiträge und inkl. der Arbeitgeberkosten);
- 173 • Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch flächendeckende
174 Ganztagesbetreuung in Schulen und Kindergärten;

- 175 • die weitgehende Abschaffung von Gebühren für grundlegende Services bei
176 Behörden (zB Leumundszeugnis).

177 **Bildung ist Bürger_innenrecht und Fundament des Aufstiegs**

178 "Bildung ermöglicht Menschen persönliche Entfaltung frei von familiären,
179 sozialen oder staatlichen Zwängen. Sie soll Menschen hervorbringen, die
180 Ausbildungs-, Berufs- und Lebensentscheidungen mündig und unbeeinflusst treffen
181 können. Schule hat zum Ziel unter Rücksicht auf altersabhängige und individuelle
182 Entwicklungsschritte Menschen bei ihrem zur Mündigkeit führenden Bildungsprozess
183 zu unterstützen, sowie notwendige Kulturtechniken, Kenntnisse, Inhalte und
184 Kompetenzen zu vermitteln. Schule muss Ermöglichungsbedingungen für junge
185 Menschen schaffen. " Dieses Zitat aus dem Antrag "Bildung ist Bürger_innenrecht:
186 die liberale Schule" - beschlossen am 10.07.2021 durch den XXIII. BuKo -
187 verdeutlicht, wie wichtig Bildung, Ausbildung und Weiterbildung für die
188 Erneuerung des Aufstiegsversprechen sind, denn sie sind das Fundament für
189 jeglichen sozialen wie ökonomischen Aufstieg. Wir bekennen uns daher zu einer
190 umfassenden Bildungsreform im Sinne unseres oben genannten Antrags und verweisen
191 hier auf [diesen](#).

192

193 **Berufliche Weiterbildung neu denken**

194 Wir wollen allen Berufstätigen Lebenslanges Lernen ermöglichen, denn nur so
195 werden wir in Zeiten von künstlicher Intelligenz und immer schnellerer
196 Innovation wettbewerbsfähig bleiben.

197 **Aufstiegskonto einführen:** Für Aus- und Weiterbildungsangebote soll jedes Jahr
198 ein Absetzbetrag von 1.000 € zur Verfügung stehen. In diesem Rahmen in Anspruch
199 genommene Kurse und Schulungen müssen nicht zwingend im Zusammenhang mit dem
200 Beruf stehen.

201 **Aufstiegskonto einführen:** In Zukunft sollen alle Aus- und Weiterbildungsangebote
202 steuerlich absetzbar sein, egal ob diese im Zusammenhang mit dem eigenen Beruf
203 stehen oder nicht

204 **Unternehmen x Hochschulen:** Eine stärkere Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und
205 Bildungseinrichtungen soll dazu beitragen, dass die vermittelten Bildungsinhalte
206 besser auf die Anforderungen des Arbeitsmarktes abgestimmt sind. Unternehmen und
207 Hochschulen oder Berufsschulen können etwa Partnerschaften eingehen, um einander
208 gegenseitig zu unterstützen.

209 **Work and Travel Programm “Bildungskarenz” abschaffen:** Die Möglichkeit der
210 Bildungskarenz soll abgeschafft werden und durch zielgerichtete Maßnahmen
211 ersetzt werden, die eine spätere berufliche Veränderung ermöglichen und fördern.
212 Damit bilden wir die Realität einer sich schnell verändernden Wirtschaftswelt ab
213 und stellen sicher, dass jede:r die Möglichkeit hat, mit dieser Veränderung
214 Schritt zu halten und durch eigene Leistung von ihr zu profitieren.

215 **Unternehmertum neu denken**

216 Vor allem die Unternehmensgründung und der Schritt in die Selbstständigkeit ist
217 für junge Menschen eine Herausforderung. Hier müssen die richtigen
218 Rahmenbedingungen geschaffen werden, um Gründerprozesse zu vereinfachen und
219 Unternehmertum zu fördern. Österreich belegt in der Rangliste der besten Länder
220 für Startups und Unternehmertum [\[9\]](#) nur Platz 19 und liegt damit hinter vielen
221 europäischen Staaten. Das können wir besser! Beispielsweise nach dem Vorbild
222 Deutschlands, das hier aktuell auf Rang 1 liegt. Die europäische Kommission hat
223 den Mitgliedstaaten das Ziel gesetzt, eine Unternehmensgründung innerhalb von
224 drei Tagen möglich sein soll. . Österreich verfehlt dieses Ziel meilenweit, bei
225 uns dauert eine Gründung derzeit im Schnitt 25 Tage. Statt den Unternehmer:innen
226 mit neuen Steuern Steine in den Weg zu legen, braucht es endlich Freiheit für
227 unsere Unternehmen.

228 **Gründungsprozesse vereinfachen:** Es braucht eine Vereinfachung und Verbilligung
229 von Gründungsprozessen, die dazu beitragen, dass mehr Unternehmen gegründet und
230 somit auch mehr Arbeitsplätze geschaffen werden. Hier sollen sowohl die Kosten,
231 als auch die formellen Hürden einer Gesellschaftsgründung erheblich gesenkt
232 werden.. Wir JUNOS wollen, dass die Gründung einer Gesellschaft innerhalb von 24
233 Stunden möglich ist.

234 **Freie Gewerbe statt Überregulierung:** Wir JUNOS fordern eine Entbürokratisierung
235 der Gewerbeordnung, hier verweisen wir auf unseren Beschluss *Reform der*
236 *Gewerbeordnung* [\[10\]](#).

237 **Nein zur Maschinensteuer:** Wir sprechen uns klar gegen eine Maschinensteuer aus,
238 da diese Innovation und Wirtschaftswachstum im Weg steht.

239 **Ja zur Maschinensteuer:** Grundsätzlich sind wir Liberale der Meinung, dass
240 Steuern gesenkt werden müssen. In einem Zeitalter in dem allerdings massenhaft
241 Jobs durch künstliche Intelligenz gefährdet sind wollen wir die Lenkkraft von
242 Steuern nutzen. Im Gegenzug zur Einführung der Maschinensteuer setzen wir uns
243 deshalb für eine gesamtheitliche Senkung der Körperschaftssteuer ein. Somit
244 haben Unternehmen einen steuerlichen Vorteil, die auf die Leistung von

245 Arbeitnehmer:innen anstatt von Maschinen setzen. Für kleine Unternehmen kann die
246 Maschinensteuer ausgesetzt werden.

247 **Förderung von Innovationskraft:** Die Zusammenarbeit von Unternehmen und
248 Forschungs-/Bildungseinrichtungen muss steuerlich begünstigt werden, damit
249 Österreich zu einem Land der Wissenschaft und Innovation wird. Denn oftmals
250 fehlt in der Wissenschaft das Geld für teure Forschungsprojekte. Davon
251 profitieren beide Seiten, die Hochschulen durch ein besseres Budget und die
252 Unternehmen durch zielgerichtete, praxisnahe und ergebnisorientierte Forschung.

253 **Gründungsfonds schaffen:** Die Einführung eines teilprivatisierten Gründungsfonds
254 soll als Finanzierungsquelle für junge Unternehmerinnen und Unternehmer dienen,
255 die schnell und unbürokratisch Gründungskredite vergeben. Die Unternehmer:innen,
256 die in diesen Fond investieren, indem sie Anteile an diesem Fonds halten, sollen
257 diese Investitionen KEST-befreit leisten können. Der Gründungsfonds kann und
258 soll auch als Risikokapitalgeber agieren und junge Unternehmen unterstützen, die
259 innovative Ideen haben, aber keine ausreichenden Sicherheiten bieten können, um
260 traditionelle Bankkredite zu erhalten.

261 **Lohnnebenkosten senken:** Um die Unternehmen nachhaltig zu entlasten und die
262 Einstellung neuer Mitarbeiter:innen attraktiver zu machen, fordern wir eine
263 Senkung der Lohnnebenkosten. Auch diese zählen im internationalen Vergleich in
264 Österreich zu den höchsten weltweit. Erhält ein:e Dienstnehmer:in 34.000 €
265 netto, so zahlt der Dienstgeber dafür knapp 66.000 €! An Neueinstellungen
266 verdient aktuell primär der Staat, zu Lasten der Wettbewerbsfähigkeit
267 österreichischer Unternehmen. Neben einer generellen Reduzierung fordern wir
268 konkret die Abschaffung der Kommunalsteuer, des Zuschlags zum Insolvenz-
269 Entgeltsicherungsgesetz, der Arbeiterkammerumlage und des
270 Wohnbauförderungsbeitrag.
271 Wir sagen ganz klar: es muss mehr Netto vom Brutto geben!

272 **Künstliche Intelligenz und digitale Infrastruktur:** Künstliche Intelligenz wird
273 einer der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren der Zukunft. Doch derzeit verschläft
274 Österreich diesen Fortschritt, während andere europäische Länder hier eine
275 Vorreiterstellung einnehmen. [\[11\]](#) Die Forschung zu künstlicher Intelligenz soll
276 daher von Hochschulen stärker behandelt werden. Um hier auch gleichzeitig den
277 Wirtschaftsstandort Österreich zu stärken und Forschung auch finanziell zu
278 stützen, müssen Ausgründungen aus Universitäten vereinfacht ermöglicht werden.
279 Zwar sehen wir KI grundlegend als Chance für die Gegenwart und Zukunft, wir
280 verschließen unsere Augen aber auch nicht vor den Gefahren von KI und der
281 Risiken für den Arbeitsmarkt. Deshalb muss sich Forschung explizit auch damit
282 beschäftigen und gleichzeitig braucht es auf europäischer Ebene klare Regeln
283 betreffend die Nutzung von KI, beispielsweise im Urheberrecht, um einen fairen

284 Markt sicherzustellen. Außerdem fordern wir, dass digitale Infrastruktur im
285 Rahmen der kritischen Infrastruktur behandelt und dementsprechend modernisiert
286 und ausgebaut wird. Hier noch länger abzuwarten schadet unserem
287 Wirtschaftsstandort.

288 **Unternehmensformen neu denken**

289 **Gesellschaftsformen neu denken**

290 Österreichs Gesellschaftsrecht muss im 21. Jahrhundert ankommen. Die GmbH wurde
291 1906 geschaffen, die AG 1966. Doch die Gründung dieser Gesellschaftsformen
292 stellt oft eine zu große Hürde dar. OG und KG hingegen haben wieder Nachteile
293 bei Haftung und Besteuerung. Wir wollen eine moderne Unternehmensform für junge
294 Unternehmerinnen und Unternehmer schaffen.

295 **Einführung einer Austria Limited:** Wir fordern daher die Schaffung einer Austria
296 Limited als Gesellschaftsform. Dadurch ist es jungen Unternehmer:innen leichter
297 möglich, eine Kapitalgesellschaft zu gründen. Länder in denen ähnliche
298 Gesellschaftsformen bereits existieren schneiden bei Neugründungen deutlich
299 besser ab.

300 Die Austria Limited ist mit Rechtspersönlichkeit ausgestattet und bildet eine
301 weitere Form der Kapitalgesellschaft, mit der charakteristischen beschränkten
302 Haftung. Die Mindesteinlage der Limited soll bei 1 € statt wie bisher 35.000 €
303 bei einer GmbH liegen. Um den Wettbewerb nicht zu verzerren können nur
304 natürliche Personen Inhaber:in sein. Ab einem Umsatz von 1 Mio. € bzw. zwei Mal
305 hintereinander 700.000 € wird die Gesellschaft automatisch in eine GmbH
306 umgewandelt. Die verbleibenden 25.000 € sind dann aufzuzahlen bzw. einzubringen
307 und von der Steuer zu befreien.

308 [\[1\]https://worldcompetitiveness.imd.org/countryprofile/AT/wcy](https://worldcompetitiveness.imd.org/countryprofile/AT/wcy)

309 [\[2\]Einführung des liberalen Bürgergelds](#), beschlossen durch den VI.

310 Bundeskongress in St. Pölten

311 [\[3\]https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/wirtschaft/oesterreich/2121377-](https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/wirtschaft/oesterreich/2121377-)

312 [Oesterreich-mit-ueberdurchschnittlich-vielen-Langzeitarbeitslosen.html](#)

313 [\[4\]](#)

314 https://www.oesterreich.gv.at/themen/steuern_und_finanzen/unterstuetzungen_bzw_b
315 [eihilfen_fuer_arbeitsuchende_sowie_arbeitg-](#)

316 [eber/1/1/Seite.3610013.html#:~:text=Der%20Grundbetrag%20des%20t%C3%A4glichen%20A](#)

317 [-](#)

318 [rbeitslosengeldes%20betr%C3%A4gt%2055%20Prozent%20des%20t%C3%A4glichen%20Nettoei](#)

319 [-](#)

320 [nkommens](#)
321 [\[5\]](#) Beispiel: Bürgergeld in der Höhe von 10.000 € p.a., geringfügiges Einkommen
322 von 5.000 € p.a., Gesamteinkommen 15.000 € p.a. Steuersatz auf das 10.691€
323 übersteigende Einkommen wäre 10%. Daher: 4.309 € werden mit 10% besteuert.
324 (jeweils aktueller Regelsteuersatz)
325 [\[6\]Mindestlohn bedeutet Mindestarbeitslosigkeit](#), beschlossen durch den III.
326 Bundeskongress in Wien
327 [\[7\]Flat Tax: Revolution des Steuersystems](#), beschlossen durch den V.
328 Bundeskongress in Graz
329 [\[8\]Freiwillige Interessensvertretung statt Kammerzwang](#), beschlossen durch den
330 II. Bundeskongress in Wien
331 [\[9\]https://de.statista.com/statistik/daten/studie/731835/umfrage/top-20-der-](https://de.statista.com/statistik/daten/studie/731835/umfrage/top-20-der-besten-laender-fuer-startups-nach-dem-best-countries-ranking/)
332 [besten-laender-fuer-startups-nach-dem-best-countries-ranking/](https://de.statista.com/statistik/daten/studie/731835/umfrage/top-20-der-besten-laender-fuer-startups-nach-dem-best-countries-ranking/)
333 [\[10\]Reform der Gewerbeordnung](#), beschlossen durch den VIII. Bundeskongress in
334 Innsbruck
[\[11\]https://www.brookings.edu/blog/techtank/2022/01/12/how-countries-are-leveraging-computing-power-to-achieve-their-national-artificial-intelligence-strategies/amp/](https://www.brookings.edu/blog/techtank/2022/01/12/how-countries-are-leveraging-computing-power-to-achieve-their-national-artificial-intelligence-strategies/amp/)

ANTRAG

Antragsteller*in: Daniel Szankovich, David Burits

Tagesordnungspunkt: 9.3 Weitere Anträge

A1: Ende der Buchpreisbindung

Antragstext

1 Momentan liegt der Preis eines Buches fest in der Hand der Verleger. Der Anteil
2 am Buchpreis für den Autor beträgt zum Beispiel 5%, für den Versand ganze 10%
3 und für mögliche „Rabatte“ bleiben 10% übrig, von denen der Endkonsument in den
4 meisten Fällen nichts abbekommen wird.

5 Faktisch bestimmen die Verleger darüber, welches Buch wir zu welchem Preis
6 kaufen werden. Nicht nur in Österreich, sondern auch in Ländern wie Deutschland
7 oder Frankreich, existiert eine Buchpreisbindung, zu Lasten der Endverbraucher.

8 Auch Studenten von Lehrgängen wie beispielsweise Rechtswissenschaften, leiden
9 unter den von einzelnen Verlegern festgelegten Preisen für Rechtsmaterial,
10 obwohl der Druck in einem Copy-Shop oftmals nur ein Viertel davon kosten würde.

11 Wir, JUNOS – Junge Liberale Neos, setzen uns aktiv für die Abschaffung der
12 Buchpreisbindung in Österreich ein.

13 Durch die Abschaffung würden die Preise der Bücher vom freien Markt bestimmt
14 werden, was dazu führen würde, dass durch das Prinzip von „Angebot-und-
15 Nachfrage“ es bei einigen Büchern zu günstigeren Preisen für den Endverbraucher
16 kommen könnte.

17 Das Argument der Buchpreisbindung, es würde das Buch als Kulturgut schützen, hat
18 bei der heutigen Vielzahl an Werken, welche meist primär der Unterhaltung
19 dienen, nicht wirklich Relevanz. Des Weiteren, würde man diesen Gedanken

20 weiterdenken, müssten auch Musik/Bilder/Filme/usw. einer Preisbildung
21 unterliegen, da diese indirekt auch ein gewisses „Kulturgut“ sind. Und selbst
22 wenn Buchklassiker, wie Marx, nur circa 8€ kosten, so gibt es trotz
23 verschiedener Verleger nicht die Möglichkeit, beispielsweise aus einem
24 billigeren Modell mit z.B. einfacherem Einband zu wählen.

25 Die deutsche Monopolkommission fordert ebenfalls das Ende der Buchpreisbindung.
26 Der internationale Vergleich zeigt, dass das Buchangebot durch die Preisbindung
27 nicht größer wird. In Frankreich etwa gibt es eine Preisbindung, aber es wird
28 wenig verlegt als im Vergleich zu Ländern wie Großbritannien.

29 In Großbritannien wurde die Buchpreisbindung 1995 abgeschafft. Jährlich finden
30 zahlreiche neue Titel den Weg in die Verkaufsregale, Tendenz steigend.

31 Abschließend stellt sich besonders bei E-Books die Frage, inwieweit eine solche
32 Preisbindung aufgrund fehlender Komponenten wie Druck und Versand argumentierbar
33 ist. Zwar sind E-Books aufgrund dieser fehlenden Komponenten billiger als
34 physische Bücher, jedoch bekommt der Autor für ein E-Book nicht mehr Tantiemen,
35 auch wenn die freigewordenen Margen dies zulassen würden.

ANTRAG

Antragsteller*in: Felix Schnabl, Sophie Wotschke

Tagesordnungspunkt: 9.3 Weitere Anträge

A2: Freie Fahrt durch freien Markt

Antragstext

1 EINLEITUNG

2 Immer weniger Jugendliche haben einen Führerschein. Die Zahlen sprechen eine
3 klare Sprache: Während 2011 noch 72.793 15-19-Jährige einen ersten Führerschein
4 bestanden haben, liegt dieser Wert heute nur noch bei 30.246. Dieses Phänomen
5 beschränkt sich auch nicht auf urbane Regionen: Auch in Tirol hat sich die Zahl
6 der Erstzulassungen bei 15-19-Jährigen in elf Jahren mehr als halbiert.^[1]

7 Wir JUNOS - Junge Liberale NEOS sehen hier einen bedenklichen Trend - immer
8 weniger junge Menschen haben das Recht, ein Auto oder ein Motorrad zu bedienen.
9 Aus Sicht der Freiheit ist das besorgniserregend. Gerade am Land ist der
10 Führerschein die Tür zu mehr Mobilität und damit mehr Freiheit. Der viel
11 versprochene Öffi-Ausbau, ist in vielen Regionen zu langsam und kann auch nie
12 jedes Dorf in Österreich ausreichend abdecken. Die Türe Mobilität, bleibt
13 also für immer mehr Jugendliche verschlossen - das ist ungerecht.

14 Die Existenz eines Führerscheins *per se* halten wir für nötig. Es ist richtig,
15 dass gewisse Fähigkeiten abgeprüft werden, bevor man Kraftfahrzeuge lenken
16 darf. Wie jeder andere staatliche Eingriff, sollte sich aber auch dieser auf das
17 strikte Minimum beschränken. Die Hürden dürfen nicht zu hoch gestellt werden.
18 Dass ein Führerschein mit den verpflichtenden Vorbereitungsstunden derzeit rund
19 1550 €^[2] kostet und damit für viele Jugendliche unleistbar ist, ist für uns
20 inakzeptabel.

21 Für uns ist also klar: der Weg zum Führerschein muss möglichst
22 unbürokratisch und einfach sein. Jede einzelne Hürde muss gut begründet sein.
23 Zusätzlich gilt es die Fahrschulbranche zu deregulieren und zu
24 entbürokratisieren. Nur so schaffen wir mehr Wettbewerb und damit mehr
25 Qualität für die Fahrschüler.

26 **FAHRSCHULEN DEREGULIEREN**

27 Um den Preis für die Prüfungsvorbereitung nachhaltig zu senken, müssen wir mehr
28 Wettbewerb in den Fahrschulmarkt bringen. Das bedeutet zuallererst eine
29 Überarbeitung des bestehenden Regulativs. Derzeit ist die Gründung einer
30 Fahrschule nämlich sehr kompliziert.

31 So muss man, um eine Fahrschule eröffnen zu können, über 27 Jahre alt,
32 österreichische Staatsbürgerin oder EU-Bürgerin und "vertrauenswürdig"
33 sein, sowie Maschinenbau oder Elektrotechnik in der Schule gelernt oder an der
34 Uni studiert haben (§109 Kraftfahrgesetz). Zusätzlich darf man nicht mehr als
35 zwei Fahrschulen betreiben, die aber nur 50 km Luftlinie voneinander entfernt
36 sein dürfen (§111 KFG). Und wenn man die Fahrschule verlegen will, dann darf
37 man das nur innerhalb desselben Bundeslandes und nach Zustimmung der
38 Bezirksverwaltungsbehörde (§108 KFG). Weiterbildungen für Personen, die
39 bereits den Führerschein der entsprechenden Klasse bestanden haben, dürfen
40 überhaupt nur "auf Grund einer Ermächtigung des Landeshauptmannes" (§108a
41 KFG) durchgeführt werden. Das gilt insbesondere auch für die Ausbildung von
42 Fahrlehrkräften.

43 Während der Weg zur normalen "Fahrlehrerin" trotzdem ein recht
44 unbürokratischer ist, so ist der zur "Fahrschullehrerin", der auch Theorie-
45 Stunden unterrichten kann, ein deutlich komplizierterer - in den, wie könnte es
46 anders sein, wieder die Bezirksverwaltungsbehörde involviert ist.

47 Um den Bürokratie-Jungel zu zerschlagen, schlagen wir JUNOS - Junge Liberale
48 NEOS, folgende Änderungen vor:

- 49 1. Die rechtliche Kategorie "Fahrschule" wird ersatzlos abgeschafft.
50 Wollen sich mehrere Fahrlehrkräfte zusammentun, so können sie dafür
51 eine der herkömmlichen Gesellschaftsformen wählen. Damit verschwindet
52 auch die Unterscheidung zwischen Fahrschullehrerinnen und Fahrlehrerinnen.
- 53 2. Nur zusammen mit staatlich geprüften Fahrlehrern dürfen Personen, die
54 noch nicht über einen entsprechenden Führerschein verfügen, ein
55 Fahrzeug lenken, das zugleich spezielle Sicherheitsvorgaben erfüllen muss

56 (wie die heutigen Fahrschulautos).

57 3. Fahrlehrer werden kann jeder Volljährige, der entsprechende staatlich
58 organisierte theoretische und praktische Prüfungen besteht. Wie er sich
59 auf diese vorbereitet, steht ihm komplett frei.

60 **KOMPETENZEN ABPRÜFEN STATT STUNDEN ABSITZEN**

61 Der Führerschein dient als Nachweis der Fahrtüchtigkeit und ist die
62 Berechtigung, ein Kraftfahrzeug auf den öffentlichen Straßen Österreichs in
63 Betrieb zu nehmen. Essentiell ist also, dass die Verkehrsteilnehmerinnen

- 64 • die Straßenverkehrsordnung kennen und anwenden können;
- 65 • ein Fahrzeug richtig bedienen können;
- 66 • das technische Grundwissen beherrschen; und
- 67 • Wissen, wie man in Notfällen reagiert.

68 Diese Kompetenzen werden bei der theoretischen, sowie bei der praktischen
69 Fahrprüfung abgefragt. Ein positiver Abschluss dieser Prüfungen ist ein
70 ausreichender Nachweis der Fahrtüchtigkeit. Der Weg dorthin muss vollkommen
71 frei sein. Sämtliche verpflichtend vorgeschriebenen Ausbildungsstunden - sowohl
72 in Theorie als auch Praxis - sollen daher abgeschafft werden. Denn wie jemand
73 das Autofahren und das nötige Theoriewissen erlernt, ist irrelevant, solange am
74 Ende die nötigen Kompetenzen nachgewiesen werden können. Dabei muss man sich
75 aber natürlich an die bestehenden Gesetze halten - das Autofahren ohne
76 Lenkberechtigung im öffentlichen Verkehr bleibt strafbar. Im Ergebnis wird also
77 immer noch der Großteil Fahrstunden nehmen, aber in dem Rahmen den man für
78 sinnvoll hält und womöglich flankiert von anderen Lernmethoden, wie
79 beispielsweise Fahrsimulatoren.

80 Einzige Voraussetzung zur Prüfung anzutreten, soll das Erreichen der
81 Strafmündigkeit - also des 14. Lebensjahres - sein.

82 **L-TAFERL**

83 Auch die verpflichtenden Fahrstunden für das Fahren im Verkehr mit einem L-
84 Taferl sollen abgeschafft werden. Stattdessen werden die hierfür nötigen
85 Kompetenzen im Zuge einer "kleinen" Fahrprüfung überprüft, bei der die

86 lenkberechtigte Person gemeinsam mit dem_der Fahrschüler_in, die nötige
87 Fahrsicherheit nachweisen. Dabei kann man sich an den Parkplatz-Prüfungen der
88 bestehenden Fahrprüfungen orientieren.

89 **EUROPAWEIT DIGITALER FÜHRERSCHEIN**

90 Wir JUNOS fordern einen europaweiten, digitalen Führerschein. Dieser muss aber
91 den höchsten Datenschutzregeln entsprechen und soll keineswegs mit anderen
92 online Applikationen verknüpft sein oder Informationen austauschen.

93 [\[1\]](#) Q. Statistik Austria, Führerscheine und Lenkberechtigungen, Jahresergebnisse
94 2020

95 [\[2\]https://www.bruttonetto-rechner.at/arbeiterkammer/fuehrerscheinkosten-in-](https://www.bruttonetto-rechner.at/arbeiterkammer/fuehrerscheinkosten-in-oesterreich/)
96 [oesterreich/](https://www.bruttonetto-rechner.at/arbeiterkammer/fuehrerscheinkosten-in-oesterreich/)

ANTRAG

Antragsteller*in: Felix Schnabl, Tobias Kramer

Tagesordnungspunkt: 9.3 Weitere Anträge

A3: Jugendförderung: Der junge Weg zur Knechtschaft

Antragstext

1 Geld. Wer in einem Jugendverein tätig ist, der merkt rasch, wie wichtig Geld
2 ist. Ein höheres Budget ist oft der Schlüssel zu einem lebendigeren
3 Vereinsleben. Deswegen fördert der österreichische Staat auf Bundes- und auf
4 Landesebene Jugendorganisationen - und zwar mit satten 8,4 Millionen Euro allein
5 auf Bundesebene im Jahr 2023. Das ist sehr großzügig.

6 Und doch ist es der falsche Weg. Jugendorganisationen sind extrem wichtige
7 Institutionen, in denen Jugendliche fürs Leben lernen. In denen sie wichtige
8 Kompetenzen erlernen und vielleicht sogar zum ersten Mal selbst Verantwortung
9 übernehmen. Und genau deshalb ist es sehr wichtig, dass gerade im Umgang mit
10 Jugendorganisationen sparsam und bedacht mit Steuergeld umgegangen wird.

11 Es muss gerade in Jugendorganisationen klar sein, was für ein Privileg es ist,
12 mit Steuergeld zu arbeiten. Und dass für jeden Cent Steuergeld etwas geleistet
13 werden muss. Dass der Staat Jugendorganisationen *für ihre Existenz* fördert,
14 halten wir JUNOS - Junge Liberale NEOS für grundfalsch. Dass
15 Jugendorganisationen jedes Jahr aufs Neue auf Millionen an staatlicher
16 Förderung angewiesen sind, halten wir für äußerst besorgniserregend. Es
17 sollte uns allen ein Anliegen sein, dass Jugendorganisationen sich selbst
18 erhalten können - unabhängig vom Staat.

19 Zugleich ist für uns aber auch klar, dass der Staat durchaus Projekte zur
20 extracurricularen Bildung von Jugendlichen unterstützen sollte. Das können
21 kleine Soft-Skill-Seminare oder auch waschechte *Summer-Schools* sein. Es muss
22 aber klar sein, was der Staat hier fördert: Eine Leistung, und nicht einfach

23 die Existenz eines Vereins.

24 Wir JUNOS - Junge Liberale NEOS setzen uns daher für ein neues Fördersystem
25 ein:

26 1. Die Basisförderung von politischen und verbandlichen Jugendorganisationen
27 wird ersatzlos abgeschafft.

28 2. Die bereits bestehende projektbasierte Förderung wird niederschwelliger
29 gemacht: Über eine one-stop-shop-Website kann ein Förderansuchen für ein
30 spezifisches Projekt gestellt werden. Hierbei kann der Verein selbst
31 festlegen, ob er auf Bundes-, Landes-, oder Gemeindeebene agiert und
32 direkt die entsprechenden Förderungen beantragen. Die Kriterien für die
33 Förderung von Projekten werden klarifiziert und vereinheitlicht.

34 3. Auf dieser Website sind ebenfalls alle bisherigen erfolgreichen
35 Förderansuchen inklusive des nachfolgenden Projektberichts einsichtig.
36 Dadurch kommt mehr Transparenz ins System und es wird klarer, wie ein
37 Förderansuchen gestaltet sein muss, um Erfolg haben zu können.

38 Zusätzlich halten wir es für essenziell, dass Vereine transparent arbeiten.
39 Wir setzen uns dafür ein, dass die jährlichen Einnahmen und Ausgaben jedes
40 Vereins ab einem gewissen Jahresbudget im Vereinsregister einsehbar sind.

41 Dieser Beschluss ersetzt den Beschluss "Eine faire und transparente
42 Jugendförderung ohne Parteiprivilegien" des XI. Bundeskongress.

ANTRAG

Antragsteller*in: *Jakob Dirnböck, Mario Dragnev, Marvin Feigl, Sophie Wotschke, Fabienne Lackner, Terence Nwaeke*

Tagesordnungspunkt: *9.3 Weitere Anträge*

A4: Mehr Privat in unserem Staat: Privatwirtschaftliche Anreize für öffentliche Bedienstete

Antragstext

1 „Mit Abstand am meisten verdienen Beamte, wo sich das mittlere
2 Bruttojahreseinkommen auf 56.132 Euro beläuft. Vertragsbedienstete kommen auf
3 34.019 Euro, womit die insgesamt gut 554.000 von der öffentlichen Hand
4 entlohnten Unselbständigen im Mittel 40.437 Euro im Jahr verdienen. Damit
5 übersteigt deren Einkommen jenes der gut 3,8 Millionen Arbeiter und Angestellte
6 um fast 60 Prozent, die bloß auf 25.460 Euro kommen.“^[1]

7 Diese Zahlen aus dem allgemeinen Rechnungshofbericht des Jahres 2017 sind
8 erschreckend. Unselbstständig Erwerbstätige verdienen im öffentlichen Dienst
9 also deutlich mehr als in der Privatwirtschaft. Zusätzlich werden deutlich
10 weniger Staatsbedienstete gekündigt als Angestellte und Arbeiter:innen. Dies
11 liegt vor allem an den hohen Hürden einer Kündigung für Staatsbedienstete.
12 Ebenso sind Behörden und Ministerien sowie privatwirtschaftliche Betriebe des
13 Staates seit jeher ein Ort an dem, Parteifunktionär:innen an die Spitze gesetzt
14 werden, um den eigenen Einfluss zu sichern. All dies behindert eine effiziente
15 und kostengünstige Verwaltung erheblich und dass obwohl Österreich jährlich
16 14.818.000.000^[2] an die aktiven Staatsbediensteten bezahlt.

17 Daher fordern wir als Junge liberale Neos, dass das Dienstrecht im öffentlichen
18 Dienst liberalisiert und dem der Privatwirtschaft angeglichen wird. Wir fordern
19 die Umsetzung unserer drei Kernanliegen in diesem Bereich:

1. Ein schlanker Staat mit digitaler Verwaltung

Angestellte und Beamt:innen sind nicht nur teuer sie beziehen auch Pensionen haben Anspruch auf Urlaub und arbeiten nur zu gewissen Zeiten. Daher fordern wir JUNOS, dass die Verwaltung in Österreich endlich digital wird. Um unseren Bürgerinnen und Bürgern mühselig und zeitintensive Amtswege zu ersparen, fordern wir alle Dienstleistungen, bei denen dies möglich ist, für alle in digitaler Form anzubieten. Damit einhergehend fordern wir, dass nicht zwingend notwendige Stellen im öffentlichen Dienst, nicht nachbesetzt bzw aufgelöst werden. In Österreich sind 16,7% im öffentlichen Dienst beschäftigt, in Deutschland 13,6% und in Japan sogar nur 7,9%^[3]. Zusätzlich dazu fordern wir ein Ende der de-facto Unkündbarkeit für alle Staatsbediensteten die nicht bei Zoll, Militär, Polizei und Justiz arbeiten. Nur so kann eine effiziente und kostengünstige Verwaltung garantiert werden.

2. Ohne Parteibuch eine Funktion

Bisher heißt es in Österreich ohne Parteibuch keine Funktion. Doch die Verwaltung in Österreich gehört endlich entpolitisiert. Als liberale Menschen sind wir überzeugt, dass nur die Qualifikation und Leistung einer Person über ihr berufliches Weiterkommen entscheiden sollten und keine Faktoren wie das Parteibuch, das Geschlecht, die Hautfarbe, usw

3. Privatwirtschaftliches Gehaltsschema

Wir als Junge liberale Neos fordern die Senkung der Grundgehaltsstufen im öffentlichen Dienst und fordern stattdessen mehr leistungsbezogene Anreize wie etwa Boni, um einen zusätzlichen Anreiz für Leistung zu schaffen. Zusätzlich soll es Leistungsstufen geben wo Bedienstete, je nach Qualität der erbrachten Leistung, bezahlt werden.

Weiters fordern wir ein Ende der politischen motivierten Gehaltsgeschenke an die Staatsbediensteten, da sie die Schuldenlast, die unsere Generation zu tragen hat, unnötig erhöhen.

[\[1\]https://www.derstandard.at/story/2000094497287/staatsbedienstete-verdienen-in-oesterreich-um-fast-60-prozent-mehr](https://www.derstandard.at/story/2000094497287/staatsbedienstete-verdienen-in-oesterreich-um-fast-60-prozent-mehr)

[\[2\]](#)

https://service.bmf.gv.at/Budget/Budgets/2021/beilagen/Personal_des_Bundes_2021.pdf

[\[3\]](#) Alle Zahlen aus dem Jahr 2019

ANTRAG

*Antragsteller*in:* Sebastian Werkl, Paul Bauer, Nina Weilharter

Tagesordnungspunkt: 9.3 Weitere Anträge

A5: Ressourcenverschwendung stoppen, Einwegvapes verbieten!

Antragstext

1 Einwegvapes sind Geräte die wie klassische Mehrwegvapes ein Liquid verdampfen,
2 damit der entstandene Dampf dann inhaliert werden kann. Diese Liquids sind meist
3 nikotinhaltig und süß. Außerdem wird vaper als das risikoarme rauchen
4 vermarktet. Genauso wie die Mehrwegvarianten haben sie einen Akku verbaut.
5 Allerdings unterscheidet die Geräte, dass dieser Akku weder herausnehmbar noch
6 wieder aufladbar ist. Somit wird nach dem Konsum jedes Einwegvapes ein
7 funktionstüchtiger Akku entsorgt. Ist der Akku des Einwegvapes leer, wird das
8 Gerät von den meisten Menschen im nächsten Mülleimer entsorgt, obwohl es
9 eigentlich ähnlich wie Batterien entsorgt werden muss.

10 Gängige Modelle von Einwegvapes, haben einen 500 mAh Akku verbaut. Dies
11 entspricht bspw. etwa einem Sechstel der Akkukapazität des aktuellen iPhone 14,
12 von 3279 mAh. In Anbetracht der Klimakatastrophe und den Förderbedingungen der
13 seltenen Erden, die für die Akkuproduktion gebraucht werden, ist das
14 Verschwenden dieser Menge an Ressourcen eine unhaltbare Situation.

15 Gleichzeitig stellen diese Einwegvapes eine noch größere Versuchung für
16 Jugendliche und junge Erwachsene dar als herkömmliche Vapes, da der Kauf eines
17 Einwegproduktes weniger Überwindung kostet als der eines Mehrwegproduktes. Der
18 Preis, der bei Einweggeräten unter 10€ liegt, unterstützt diesen Umstand
19 nochmal. Kombiniert mit den bunten Farben und süßen Geschmäckern welche Vapes
20 ohnehin innewohnen stellen Einwegvapes auch ein Problem für den Jugendschutz
21 dar. Anders als auf Zigaretten und andere Tabakprodukte findet man auf Vapes
22 auch keine Warnhinweise. Das vermittelt den Eindruck, dass Vapes im Gegensatz zu
23 Zigaretten nicht gesundheitsschädlich sind. Mit all diesen Faktoren wird extra

24 um junge Konsument_innen geworben.

25 Da das Akku-Recycling derzeit noch nicht optimal funktioniert, ist Recycling
26 leider aktuell nicht zielführend. Sollte sich dieser Umstand ändern, kann über
27 ein Pfandsystem, mit anschließendem Akkurecycling, diskutiert werden.

28 Mindestens bis zu diesem Zeitpunkt fordern wir JUNOS - Junge liberale NEOS ein
29 komplettes Verbot von Einwegvapes und vergleichbaren anderen Einwegakkugeräten.

ANTRAG

Antragsteller*in: *Gregor Stadler, Felix Schnabl, Moritz Mairhofer, Fritz Noske*

Tagesordnungspunkt: *9.3 Weitere Anträge*

A6: Lasst uns statt dem Staat die Krise spüren!

Antragstext

1 Uns, den JUNOS - Junge Liberale NEOS, ist bewusst, dass eine Marktwirtschaft
2 nicht nur aus Phasen des Aufschwungs besteht. Wir sehen Krisen und Phasen des
3 Abschwungs als Situationen, in denen der Staat unterstützend und teilweise
4 abfedernd eingreifen kann. Dennoch muss klar sein, dass der Staat auch in Krisen
5 mit Steuergeld und möglicher neuer Schuldenaufnahme verantwortungsbewusst
6 umzugehen hat. Denn ein aufgeblähter Staat ist ineffizient und hohe Schulden
7 belasten die nächsten Generationen. In der aktuellen Situation umso mehr, da in
8 absehbarer Zukunft noch viele teure Krisen auf uns Junge zukommen - der
9 Klimawandel ist hier ein Beispiel, dessen Bekämpfung viele nachhaltige
10 Investitionen benötigen wird.

Ausgangslage:

12 Mit der Corona-Krise wurde eine neue Ära eingeleitet: Jede noch so kleine
13 Unannehmlichkeit soll der Staat richten. Staatsquoten stiegen rasant an und
14 Werte jenseits der 50 Prozent gehören mittlerweile zur Tagesordnung. Dass sich
15 der Staat in Krisen ausweitet und sich danach nicht mehr zurückzieht, ist nicht
16 nur in Österreich zu beobachten. Gerade deswegen benötigt es ein entschiedenes
17 „Nein“ gegen diese Entwicklungen. Denn die Anreize der Politik sind klar: Die
18 Ausweitung ihrer Macht und der von ihnen verwalteten Gelder liegt ganz in ihrem
19 Interesse. Jenes Machtstreben ergibt, gepaart mit der Staatsgläubigkeit vieler
20 Österreicher, einen toxischen Cocktail. Denn obwohl die Regierung aktuell einen
21 starken Vertrauensverlust hinnehmen muss, rufen die Bürger des Landes noch immer
22 bei jedem Problemchen nach dem Staat.

23 Die Resultate der Corona-Krise sehen wir nun: Überförderung vieler Betriebe und
24 das Entstehen vieler sogenannter Zombieunternehmen, die nur durch billige
25 Kredite und Staatsunterstützung überleben können. Wenn jemand von der Krise
26 profitiert hat, dann ist es der Staat. Die Gefahr ist groß, dass die aktuelle
27 Phase der Stagflation nur eine weitere Krise ist, die den Staat mächtiger macht.

28 **Aktuelle Situation:**

29 Die aktuelle Kombination aus hoher Inflation und stagnierender
30 Wirtschaftsleistung, also eine Stagflation, stellt Zentralbanken und Regierungen
31 vor eine große Herausforderung. Die letzte große Stagflationsphase begann in den
32 1970ern. Auch wenn eine Stagflation daher bis jetzt nur sehr selten vorkam, ist
33 die Aufgabenteilung aus ökonomischer Sicht klar: Die EZB als Hüterin der
34 Preisstabilität muss sich um die Inflationsbekämpfung kümmern. Sie muss sich
35 davor hüten, den gleichen Fehler zu machen wie die US-amerikanische Federal
36 Reserve in den 1970ern. Denn damals mussten die Zinsen aufgrund der zuerst zu
37 zögerlichen Geldpolitik auf über 20 Prozent angehoben werden, um die Inflation
38 in den Griff zu bekommen. Das Resultat war eine starke Rezession.

39 Gleichzeitig sind Regierungen dazu angehalten, die Auswirkungen der hohen
40 Preissteigerungen für die vulnerabelsten Haushalte abzufedern, wengleich der
41 Sozialstaat nicht dazu dient, jeglichen Wohlstandsverlust auszugleichen. Sie
42 müssen sich aber davor hüten, alle Probleme für alle lösen zu wollen. Aktuelle
43 Forschung zeigt, dass es nicht ausreicht, wenn Zentralbanken ihre Zinssätze
44 erhöhen, um die Inflation einzudämmen. Es benötigt auch eine verantwortungsvolle
45 Fiskalpolitik, die Geld nicht gedankenlos ausgibt. Dazu gehört nicht, dass die
46 Fiskalpolitik sich weiter über billiges Geld finanziert oder den Schuldenberg
47 durch Inflation schrumpfen lässt, sondern eine angepasste Einnahmen- und
48 Ausgabenpolitik. Es braucht daher nicht nur eine glaubwürdige Zentralbank, die
49 sich ganz der Inflationsbekämpfung widmet. Es braucht ebenso einen Staat, der
50 genauso glaubwürdig eine nachhaltige Schuldenpolitik betreibt. Denn ein Staat,
51 der das nicht tut und Geld aus dem Fenster wirft, heizt die Inflation weiter an.
52 Umso mehr, wenn er diese Schulden nicht nachhaltig wieder abbauen wird.

53 (https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=4205158)

54 (<https://www.journals.uchicago.edu/doi/full/10.1086/674588>)

55 Auch wenn die Aufgabenteilung klar ist, zeigen die letzten Monate, dass sowohl
56 Zentralbank als auch Regierung an der Erfüllung dieser Aufgaben kolossal
57 scheitern. Die bisherige Performance ist mehr als unzufriedenstellend.

58 **1) Nationalstaatliche Ebene:**

59 Mit ihrer bisherigen Strategie, jedem Bürger die Kosten der Teuerung zu
60 ersetzen, erreicht die Regierung nur eines: eine weitere Anfachung der Inflation
61 durch viel zu hohe Staatsausgaben. Diese Entwicklungen sind auch global zu sehen
62 und werden von internationalen Forschungsinstituten wie etwa dem IWF kritisiert.
63 Zudem lässt eine expansive Finanzpolitik gemeinsam mit völlig ungerichteten
64 Auszahlungen an Bürgern die Konsumausgaben und Nachfrage stark ansteigen, das
65 Angebot aber nur schwer darauf reagiert. Ein solches Vorgehen kurbelt die
66 Inflation nur noch weiter an.

67 Obwohl die Steuereinnahmen in Österreich durch die hohe Inflation steigen,
68 müssen obendrein noch Schulden aufgenommen werden. Gestiegene Zinsen, die mit
69 der Inflationsbekämpfung der Zentralbank einhergehen, belasten den
70 Staatshaushalt bei Neuschuldenaufnahme zusätzlich.

71 **2) EZB:**

72 Dass die Zeiten niedriger Inflation vorbei sind, haben viele Zentralbanken in
73 Industrieländern lange nicht ernst genommen. Die EZB war jedoch die Zentralbank,
74 die von allen Währungsräumen am längsten brauchte, um dies zu realisieren. Auch
75 danach verhinderte ihr zaghaftes Verhalten eine zeitgerechte Anhebung des
76 Leitzinses. Dadurch kamen die Zinserhöhungen zu spät und die EZB setzte ihre
77 Glaubwürdigkeit aufs Spiel. ([https://personal.lse.ac.uk/reisr/papers/22-
78 whypi.pdf](https://personal.lse.ac.uk/reisr/papers/22-whypi.pdf)) Der Euro hat deshalb im vergangenen Jahr massiv gegenüber anderen
79 Währungen, wie etwa dem Dollar oder dem Schweizer Franken, abgewertet. Die
80 gemeinsame Währung ist durch das zögerliche Handeln zur Weichwährung geworden,
81 wodurch zusätzliche Inflation importiert wird.

82 **Forderungen:**

83 Die JUNOS - Junge Liberale NEOS treten für einen verantwortungsbewussten Umgang
84 mit Krisen ein. Insbesondere eine Periode der Stagflation verlangt ein
85 vorsichtiges Vorgehen mit Fingerspitzengefühl. Deshalb fordern wir:

86 **Nationalstaatliche Ebene:**

- 87 • Neben richtigen Maßnahmen, wie etwa die Abschaffung der Kalten Progression
88 oder die Valorisierung der Sozialleistungen, gleichen die bisherigen Anti-
89 Teuerungsmaßnahmen der österreichischen Regierung einem Fleckerlteppich.
90 Sie verteilen Geld mit der Gießkanne, statt zielgerichtet zu wirken. Im
91 Angesicht der steigenden Inflation sollte man sich darauf fokussieren,
92 effektiv jene zu unterstützen, die Hilfe tatsächlich nötig haben. Das
93 passiert nicht durch weitere kleinteilige Gießkannenmaßnahmen, wie etwa
94 der Aussetzung einer Gebührenerhöhung oder dem Antiteuerungsbonus, sondern

95 z.B. durch fokussierte Einmalzahlungen, die Personen erhalten, die bereits
96 bestimmte Sozialleistungen beziehen. Gießkannenmaßnahmen verstärken nur
97 die inflationären Tendenzen und sind damit in der jetzigen Situation
98 kontraproduktiv.

- 99 • Von innerstaatlich gedoppelten Maßnahmen sollte abgesehen werden. Die
100 Lösungen sollten vorrangig bundesweit umgesetzt werden, um ineffiziente
101 Überschneidungen und weitere Überförderungen zu vermeiden.

- 102 • Panische, undurchdachte Schnellschüsse wie etwa Steuern auf sogenannte
103 „Zufallsgewinne“ sind häufig populistischer Natur und strikt abzulehnen.
104 Diese haben langfristig schädliche Auswirkungen auf Marktdynamiken und die
105 Attraktivität des österreichischen Wirtschaftsstandortes.

- 106 • Vielmehr sollte die Regierung sich jetzt darauf fokussieren, auch mittel-
107 und langfristige, angebotsseitige Maßnahmen auszuarbeiten. Dazu gehört zum
108 einen der Ausbau Erneuerbarer Energien, um die Abhängigkeit von Russland
109 zu reduzieren. Zum anderen muss aber auch dem Fachkräftemangel
110 entgegengewirkt werden. Um das Arbeitskräfteangebot zu erweitern, muss
111 auch das Pensionsantrittsalter weiter angehoben werden. Denn eine
112 Erweiterung des Angebots ist nicht nur für den Umstieg im Kampf gegen den
113 Klimawandel notwendig - sondern auch, um dem Lohn- und Inflationsdruck,
114 der mit einem geringen Angebot einhergeht, entgegenzutreten.

- 115 • Um der beständigen Ausweitung des Staates in Zukunft entgegenzutreten,
116 sollte Österreich neben einer Schuldenbremse eine zusätzliche
117 Ausgabenbremse im Verfassungsrang einführen.

- 118 • Außerdem muss, wie bereits von den JUNOS - Junge Liberale NEOS gefordert,
119 ein Sparplan erstellt werden, welcher festlegt, wie nach der Krise
120 glaubhaft der Schuldenstand abgebaut werden kann.

121 **EU-Ebene:**

- 122 • Bisherige Maßnahmen auf EU-Ebene, wie etwa der Vorschlag eines
123 Preisdeckels, sind abzulehnen. Preissignale sind das beste Mittel, um in
124 der aktuellen Energiekrise die notwendigen Einsparungen zu erreichen.
125 Preise bringen Angebot und Nachfrage ins Gleichgewicht, während
126 Preisdeckel die Nachfrage nur weiter erhöhen und schlussendlich zu echten
127 Knappheiten führen können. Dementsprechend sind Einsparungsziele
128 vorzuziehen.

129 • Des Weiteren sind Lösungen wie etwa ein Einkaufskartell eine gute
130 Möglichkeit, um vereint gegenüber den Anbietern gute Energiealternativen
131 für die Union zu beschaffen.

132 • Eine weitere Aussetzung der Fiskalregeln ist abzulehnen. Nach der Krise
133 sollen die bereits bestehenden Fiskalregeln wieder bindend werden.
134 Zusätzlich benötigt es eine Reform, die die Einhaltung der Fiskalregeln
135 bindender macht und den Verhandlungsspielraum verkleinert.

136 **EZB:**

137 • Kaum hat die EZB begonnen, die Zinsen zu erhöhen, überlegt sie bereits,
138 wann damit wieder Schluss ist. Obwohl es zwischen neun Monate und zwei
139 Jahre dauert, bis die bisherigen Zinsschritte einen dämpfenden Effekt auf
140 die Inflation aufweisen, sollte die EZB trotzdem nicht zu schnell damit
141 aufhören. Denn in der aktuellen angebotsseitigen Krise ist es besonders
142 wichtig, dass die EZB ihre Glaubwürdigkeit behält und die
143 Inflationserwartungen beim ursprünglichen Inflationsziel von zwei Prozent
144 bleiben. Ansonsten ist die Gefahr hoch, dass die Inflation sich noch
145 länger auf einem hohen Niveau verfestigt oder sogar verselbstständigt.

146 • Weitere Programme, wie etwa das TPI, im Rahmen dessen die EZB zusätzliche
147 Staatsanleihen kaufen möchte, wenn die Zinsen auf diese nach eigenem
148 Ermessen zu hoch sind, sind abzulehnen.

149 • Wie bereits von den JUNOS - Junge Liberale NEOS beschlossen, sollte sich
150 die EZB ausschließlich auf ihr Mandat der Erhaltung der Preisstabilität
151 fokussieren. Wir sehen, dass die vergangene Geldpolitik die EZB in eine
152 Sackgasse manövriert hat, in welcher Inflationsbekämpfung wegen der zu
153 hohen Schuldenstände der Mitgliedsstaaten nur beschränkt verfolgt wurde.
154 Dieses Problem der "fiskalischen Dominanz", in welcher sich die
155 Geldpolitik der Fiskalpolitik unterordnet, muss in Zukunft vermieden
156 werden.

ANTRAG

*Antragsteller*in: Johannes Sablatnig*

Tagesordnungspunkt: 9.3 Weitere Anträge

A7: Mehr Urlaub, weniger Feiertage

Antragstext

1 In Österreich gibt es 13 staatliche Feiertage. Wir Junge liberale NEOS –
2 JUNOS fordern die Abschaffung aller staatlichen Feiertage. Im Gegenzug sollen
3 Schulen zehn weitere schulautonome Tage und Arbeitnehmer_innen Anspruch auf zwei
4 weitere bezahlte Urlaubswochen bekommen.

ANTRAG

Antragsteller*in: *Marko Trstenjak, Luca Modl, Peter Mešnik*

Tagesordnungspunkt: *9.3 Weitere Anträge*

A8: Izginjanje - eine Minderheit in Österreich verschwindet.

Antragstext

- 1 **1918.** Slowenischsprachige Bevölkerung in Kärnten: **ca. 60.000**
2 Der Erste Weltkrieg ist vorbei, der Vielvölkerstaat Österreich-Ungarn zerbricht.
3 In Südkärnten kommt es zu einer Volksabstimmung. Fast 60% der örtlichen
4 Bevölkerung entscheiden sich für Österreich, werden jedoch bald enttäuscht und
5 die Minderheit wird weiter unterdrückt.
- 6 **1955.** Slowenischsprachige Bevölkerung in Kärnten: **ca. 40.000**
7 Der Zweite Weltkrieg ist vorbei, Österreich hat mit dem Staatsvertrag seine
8 Unabhängigkeit wiedererlangt. Vor allem die Bestimmungen bezüglich der
9 Neutralität brennen sich in das kollektive Gedächtnis Österreichs ein. Die
10 Rechte der slowenischen und kroatischen Minderheiten, die Artikel 7 dargelegt
11 werden, sind den meisten jedoch weniger bekannt.
- 12 **1972.** Slowenischsprachige Bevölkerung in Kärnten: **ca.20.000**
13 Ortstafelsturm. Unter Bundeskanzler Kreisky werden für 205 Ortschaften 2-
14 sprachige Ortstafeln aufgestellt. Viele von ihnen werden schon in der ersten
15 Nacht beschmiert oder demontiert, die Gendarmerie schaut zu und die Kärntner
16 Landesregierung bekommt Bombendrohungen.
- 17 **2020.** Slowenischsprachige Bevölkerung in Kärnten: **ca.10.000**
18 Nachdem die Slowenischsprachige Bevölkerung jahrzehntelang ignoriert, wenn nicht
19 sogar unterdrückt wird, wird entschuldigt sich Bundespräsident Alexander Van der
20 Bellen anlässlich 100 Jahre bei der Minderheit "Für das erlittene Unrecht und
21 für die Versäumnisse bei der Umsetzung der verfassungsmäßig garantierten
22 Rechte".

23 **Der Staatsvertrag bzw. der Artikel 7 davon verspricht der slowenischen (und**
24 **kroatischen) Minderheit viel - umgesetzt wurde wenig.**

25 Absatz 2 gibt den Anspruch auf Elementarunterricht in slowenischer (und
26 kroatischer) Sprache und auf eine "verhältnismäßige Anzahl" an eigenen
27 Mittelschulen. Stand jetzt sind von den fast 300 Volksschulen in Kärnten 60
28 zweisprachig, es gibt ein Gymnasium, eine HLW und eine HAK.

29 Vor allem die Abdeckung mit Volksschulen ist hier das Problem: Fast jährlich
30 schrumpft die slowenische und kroatische Minderheit in Österreich. Damit
31 rentieren sich Volksschulen für diese nicht mehr und müssen aus Effizienzgründen
32 entweder zusammengelegt oder ganz geschlossen werden. Dadurch müssen Kinder
33 immer weitere Wege auf sich nehmen oder sich die Eltern dazu entscheiden, diese
34 auf deutschsprachige Schulen zu schicken.

35 Der universitäre Bereich schaut nicht besser aus, es gibt kein Studium in
36 slowenischer Sprache und die Universität in Klagenfurt hat erst vor kurzem das
37 Slawistik Masterstudium gestrichen.

38 In Absatz 3 verspricht er " [...] die slowenische oder kroatische Sprache
39 zusätzlich zum Deutschen als Amtssprache [...] ". Tatsache ist, dass die
40 Kärntnerische Landesverfassung noch immer alleine Deutsch als Landes-,
41 Gesetzgebungs- und Verwaltungssprache ansieht, obwohl der Staatsvertrag das
42 Slowenische/Kroatische zusätzlich zum Deutschen als Amtssprache als zugelassen
43 erklärt. Von der allseits bekannten Problematik rund um die "Bezeichnungen und
44 Aufschriften topographischer Natur" ganz zu schweigen.

45 Herauszuheben ist auch Absatz 5. "Die Tätigkeit von Organisationen, die darauf
46 abzielen, der kroatischen oder slowenischen Bevölkerung ihre Eigenschaft und
47 ihre Rechte als Minderheit zu nehmen, ist zu verbieten." Während
48 Österreichisches Verfassungsrecht dies regelt, ist der Kärntner Heimatdienst
49 (KHD), der unter anderem die rechtsextreme Ulrichsberggemeinschaft mitgegründet
50 hat, noch immer Aktiv und hat aktuell Andreas Mölzer als Vorsitzenden - einen
51 langjährigen FPÖ EU-Parlamentarier und selbsternannten "nationalliberalen
52 Kulturdeutschen"

53 *"Jede zusätzliche Ortstafelgemeinde ist ein Schritt hin zu Slowenisch-Kärnten,*
54 *und da dürfen, und da werden wir nicht mitmachen."*

55 Josef Feldner, KHD

56 *"Verrat an der Kärntner Bevölkerung"*

57 FPÖ Kärnten, als Reaktion über die Aufstellung von 150 Ortstafeln

58 *"Ihr werdet in Kärnten ruhig wie bisher leben können und Sprache und Schule*
59 *behalten."*

60 Öffentlicher Aushang zum Referendum 1920

61 **Der Bundeskongress der JUNOS – Junge Liberale NEOS möge daher beschließen:**

62 Dass der Staatsvertrag vollständig umgesetzt wird.

63 Das weitere Maßnahmen gesetzt werden, um die slowenische Volksgruppe in
64 Österreich zu schützen. Die autochthone Minderheit muss im Parlament vertreten
65 sein - 2 der 183 Sitze im Nationalrat sollten nur durch die
66 Minderheitsbevölkerung gewählt werden, ein Mitglied im Bundesrat eben diese
67 Bevölkerung vertreten. So wie es in Slowenien, Ungarn, Südtirol und vielen
68 weiteren Ländern der Fall ist.

69 Ebenso benötigt es eine einheitliche slowenische Lokalverwaltung nach dem
70 Vorbild der deutschsprachigen Gemeinschaft in Belgien oder der Autonomen Provinz
71 Bozen-Südtirol innerhalb der Region Trentino-Südtirol.

ANTRAG

Antragsteller*in: *Julian Fritsch, Sophie Wotschke, Peter Berry, Fabienne Lackner, Christoph Hofer, Ines Holzegger*

Tagesordnungspunkt: *9.3 Weitere Anträge*

A9: Gefesselter Staat, glückliche Bürger

Antragstext

Hintergrund

Ein Hauptproblem moderner Wohlfahrtsstaaten bzw. Demokratien ist es, das richtige Verhältnis von gegenwärtigem Konsum, effektiver Erfüllung von staatlichen Kernaufgaben und langfristigen Zukunftsinvestitionen zu finden. Politiker, die für finanzielles Maßhalten und eine langfristig nachhaltige Lastenverteilung über Generationen hinweg eintreten, sind oft genug in der Minderheit und werden durch Politiker, die vollmundig verheißungsvolle Versprechungen machen, bei Wahlen ausgestochen. Dazu mag der fünfjährige Wahlzyklus das seine beitragen. Wer denkt schon an die Auswirkungen seines Handelns in 20 Jahren, wenn er oder sie sich in drei, vier, fünf Jahren einer Wahl stellen muss, die über das jeweilige politische Schicksal entscheidet.

Zwar ist es richtig und notwendig, dass Bürger vehement an das Verantwortungsgefühl der gerade aktuellen Politikergeneration appellieren, aber dies allein wird das skizzierte strukturelle Problem der unterschiedlichen Zeithorizonte nicht lösen können. Was es braucht, sind ebenso strukturelle Schranken, welche die Bevölkerung den politischen Akteuren auferlegt und welche die vorhandenen negativen Anreize ausgleichen oder zumindest abschwächen und damit verantwortungsvollen Politikern mit langfristigem Blick die notwendige Unterstützung zukommen lassen.

Ausgabenbremse als Turbo der Generationenfairness

21 Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges kennt die Entwicklung der Ausgaben des
22 österreichischen Staates so wie in den meisten westlichen Demokratien praktisch
23 nur eine Richtung: nach oben. Dies lässt sich nicht nur, aber vor allem, auf die
24 immens gestiegenen Sozialausgaben zurückführen. Als Anteil an der gesamten
25 Wirtschaftsentwicklung (BIP) gemessen betragen diese im Vor-Pandemie-Jahr 2019
26 bereits **29,3 Prozent**^[11]. Vom finanziellen Kuchen der österreichischen
27 Staatsausgaben nahmen sie im selben Jahr sogar **41,5 Prozent** ein^[21]. Es flossen
28 somit ganze 41 Cent von jedem Euro Staatsausgaben in die sozialen
29 Sicherungsnetze. Durch die Coronakrise gab es noch einmal einen sprunghaften
30 Anstieg und die Sozialausgaben erreichten laut Statistik Austria im Laufe des
31 Jahres 2020 satte **34,1 Prozent** des BIP und damit ihren bisherigen
32 Höchststand^[31]. Zwar ist zu erwarten, dass es in den Folgejahren nach Ende der
33 Pandemie zu einem Rückgang kommen wird (im Jahr 2021 betrug die Sozialquote
34 bereits wieder „nur“ **32,8 Prozent** des BIP)^[41], steigende staatliche
35 Verpflichtungen vor allem im Bereich der Pensionen, Gesundheit und Pflege
36 bleiben aber auch in Zukunft Ausgabentreiber.

37 Um all dies zu finanzieren, wurde bereits in der Vergangenheit neben einer stark
38 steigenden Abgabenquote ein immer größerer Schuldenberg angehäuft. Im Vor-
39 Pandemie-Jahr 2019 betrug dieser **70,6 Prozent** des BIP.^[51] 2021 erreichte man
40 nach den Ausgabenexzessen während der Coronapandemie einen Wert von **82,3 Prozent**
41 des BIP – mehr als 20 Prozentpunkte über dem diesbezüglichen Maastricht
42 Grenzwert.^[61] Im Vergleich zu Österreich schaffte es Schweden nach Einführung
43 einer Ausgabenbremse in den 90ern seine Staatsverschuldung von einem Wert um die
44 70 Prozent zu halbieren und damit die Interessen und den finanziellen
45 Handlungsspielraum nächster Generationen zu wahren.

46 Wir JUNOS - Junge Liberale NEOS anerkennen die moderne Errungenschaft effektiver
47 sozialer Sicherungsnetze, welche es allen Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen,
48 ihr Leben geschützt vor Schicksalsschlägen und herkömmlichen Lebensrisiken in
49 Freiheit und größtmöglicher Unabhängigkeit zu gestalten. Gleichzeitig ist es für
50 uns Liberale selbstverständlich, dass jedes Mitglied der Gesellschaft die
51 Pflicht hat, diese Netze nur so lange und in einem Ausmaß in Anspruch zu nehmen,
52 die seiner unverschuldeten Notlage und/oder seinen vorherigen Beitragszahlungen
53 entspricht. Neben dieser Verpflichtung des Einzelnen gibt es aber auch eine
54 Verpflichtung des Staates, seine eigentlichen Kernaufgaben der Aufrechterhaltung
55 der öffentlichen Ordnung, Sicherheit und Verwaltung sowie wichtige
56 Zukunftsinvestitionen nicht zugunsten erhöhter Sozialausgaben und Konsums in der
57 Gegenwart zu vernachlässigen.

58 Gerade Letzteres droht ansonsten zu einem Mühlstein für nächste Generationen zu
59 werden, die sich nicht mehr auf die sozialen Sicherungssysteme verlassen können
60 werden, wenn sie diese einmal brauchen. Als JUNOS - Junge Liberale NEOS sehen

61 wir es als unsere liberale Pflicht an, uns für generationenübergreifende
62 Fairness und nachhaltige staatliche Sozialsysteme einzusetzen, welche die
63 Freiheit und Rechte der Nachgeborenen achten.

64 Aus diesen Gründen setzen wir uns für die Einführung einer Ausgabenbremse im
65 Verfassungsrang ein. Diese ist in die Systematik einer ebenso
66 verfassungsrechtlich abgesicherten Schuldenbremse einzufügen und hat vorzusehen,
67 dass das jährliche Budget des Bundes im Rahmen eines fünfjährigen Haushaltsplans
68 zu erstellen ist, in welchem den einzelnen Ressorts maximale Ausgabensummen
69 zugewiesen werden. Gesamtstaatlich darf das Ausgabenwachstum hierbei nicht die
70 Teuerung übersteigen solange die Verschuldung den Wert von 60 Prozent des BIP (=
71 Maastricht Grenzwert) nicht unterschreitet.^[7]

72 Daneben und aufgrund der herausragenden Bedeutung dieses Ausgabenbereichs treten
73 wir dafür ein, dass die gesamtstaatlichen Sozialausgaben den Wert von **40 Prozent**
74 an den staatlichen Ausgaben über einen Konjunkturzyklus nicht überschreiten
75 dürfen. Dies ist ebenfalls in einer Verfassungsbestimmung festzuschreiben. Ein
76 zu implementierender Konsultationsmechanismus mit Ländern, Gemeinde- und
77 Städtebund soll die notwendige Abstimmung der Gebietskörperschaften in beiden
78 Fällen sichern.

79 Durch den damit geschaffenen Druck zur Ausgabensenkung und -konsolidierung
80 erhoffen wir uns den politischen Willen für überfällige Strukturreformen, vor
81 allem im Sozialbereich. Notwendig sind insbesondere eine generationengerechte
82 Pensionsreform, das Abstellen von Privilegierungen für gewisse potente
83 Interessengruppen sowie die Erhöhung der sozialen Treffsicherheit ebenso wie die
84 Vereinfachung und Effizienzsteigerung der weiteren Systeme sozialer Absicherung.

85 **Steuer- und Abgabenobergrenze als Schutzschirm der** 86 **Steuerzahler**

87 So wie die Sozialausgaben wächst auch die Steuer- und Abgabenquote Österreichs
88 sukzessive seit Jahrzehnten mit wenigen Intervallen kurzfristiger
89 Abgabentlastungen. Im Vor-Pandemie-Jahr 2019 lag diese bei ganzen **43,2 Prozent**
90 des BIP^[8]. Dieser Wert stieg 2021 im (hoffentlich) letzten Pandemie-Jahr auf
91 **43,7 Prozent** des BIP an^[9]. Man befindet sich damit komfortabel im oberen
92 Drittel der Mitgliedsländer der Europäischen Union (gemäß leicht abweichendem
93 Wert der WKO)^[10]. Allen Steuerreformen der letzten Jahre zum Trotz kommt man
94 dem Ziel einer Steuer- und Abgabenquote von **unter 40 Prozent** des BIP auch in
95 Zeiten der Hochkonjunktur kaum näher. Die Gründe sind ähnliche wie jene für die
96 beständig steigenden Sozialausgaben. Es ist einerseits politisch unpopulär, die
97 notwendigen ausgabenseitigen Reformen in die Wege zu leiten, um den finanziellen
98 Spielraum größerer Entlastungen zu schaffen. Andererseits gefielen sich

99 Regierungspolitiker verschiedenster Couleur dabei, alle drei, vier Jahre
100 kleinere Steuerreformen zu beschließen, die im Endeffekt nur die angehäuften
101 zusätzlichen Belastungen eben jener drei, vier Jahre ausgeglichen haben
102 (sogenannte „Kalte Progression“^[11]). Zumindest Letzteres ändert sich nun
103 voraussichtlich durch die mit 01.01.2023 erfolgende (teil-)automatische
104 Abschaffung der Kalten Progression.

105 Wir JUNOS – Junge Liberale NEOS sind der Überzeugung, dass der Staat und die ihn
106 lenkenden Politiker eine moralische Verpflichtung haben, den einzelnen Bürger
107 nur in jenem Ausmaß zur Finanzierung des Gemeinwesens heranzuziehen, der
108 unbedingt notwendig ist, um wichtige Staatsfunktionen und Zukunftsinvestitionen
109 besorgen zu können. Die beständige Aushöhlung des Grundrechtes auf
110 Privateigentum, um damit kurzfristigen Konsum politischer potenter Wählergruppen
111 zu finanzieren, muss ein Ende haben.

112 Aus diesen Gründen setzen wir JUNOS - Junge Liberale NEOS uns für die Einführung
113 einer Steuer- und Abgabengrenze im Verfassungsrang ein. Budgetentwürfe des
114 Bundes dürfen nicht so ausgestaltet sein, dass sie zu einer Steuer- und
115 Abgabenbelastung führen, die den Wert von **40 Prozent** des BIPs übersteigt. Um die
116 Steuer- und Abgabenquote in Zukunft über diesen Wert anheben zu können, ist eine
117 vorherige Beschlussfassung beider Parlamentskammern (Nationalrat, Bundesrat)
118 vorzusehen, welche ein erhöhtes Präsenzquorum von 50 Prozent und ein
119 Konsensquorum von 2/3 der Abgeordneten zum Nationalrat bzw. Mitglieder des
120 Bundesrates verlangt.

121 Durch die Selbstbindung der Politik und Entziehung dieser Angelegenheiten aus
122 dem politischen Alltagsdiskurs erhoffen wir uns einen erhöhten Fokus auf die
123 Effizienzsteigerung und Verschlinkung des Staates sowie Attraktivierung des
124 Wirtschaftsstandortes und das Abstellen politischer Taktiererei auf dem Rücken
125 der Steuerzahler und nächsten Generationen.

126 [\[1\]https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-
127 soziales/sozialleistungen/sozialquote-sozialausgaben-und-finanzierung](https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/sozialleistungen/sozialquote-sozialausgaben-und-finanzierung)

128 [\[2\]https://www.statistik.gv.at/statistiken/volkswirtschaft-und-oeffentliche-
129 finanzen/oeffentliche-finanzen/oeffentliche-finanzen/staatsausgaben-nach-
130 aufgabenbereichen](https://www.statistik.gv.at/statistiken/volkswirtschaft-und-oeffentliche-finanzen/oeffentliche-finanzen/oeffentliche-finanzen/staatsausgaben-nach-aufgabenbereichen)

131 [\[3\]https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-
132 soziales/sozialleistungen/sozialquote-sozialausgaben-und-finanzierung](https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/sozialleistungen/sozialquote-sozialausgaben-und-finanzierung)

133 [\[4\]https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-](https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-)

134 [soziales/sozialleistungen/sozialquote-sozialausgaben-und-finanzierung](#)

135 [\[5\]https://www.statistik.at/statistiken/volkswirtschaft-und-oeffentliche-](#)
136 [finanzen/oeffentliche-finanzen/maastricht-indikatoren/oeffentlicher-](#)
137 [schuldenstand](#)

138 [\[6\]https://www.statistik.at/statistiken/volkswirtschaft-und-oeffentliche-](#)
139 [finanzen/oeffentliche-finanzen/maastricht-indikatoren/oeffentlicher-](#)
140 [schuldenstand](#)

141 [\[7\]https://www.agenda-](#)
142 [austria.at/publikationen/staatsausgaben/handlungsempfehlungen/](#)

143 [\[8\]https://www.statistik.gv.at/statistiken/volkswirtschaft-und-oeffentliche-](#)
144 [finanzen/oeffentliche-finanzen/oeffentliche-finanzen/steuereinnahmen](#)

145 [\[9\]https://www.statistik.gv.at/statistiken/volkswirtschaft-und-oeffentliche-](#)
146 [finanzen/oeffentliche-finanzen/oeffentliche-finanzen/steuereinnahmen](#)

147 [\[10\]https://wko.at/statistik/Extranet/Bench/abgab.pdf](#)

148 [\[11\]https://www.agenda-austria.at/publikationen/damit-sich-arbeit-wieder-](#)
149 [lohnt/die-kalte-progression-die-heimliche-geliebte-des-finanzministers/](#)

ANTRAG

Antragsteller*in: Johannes Sablatnig

Tagesordnungspunkt: 9.3 Weitere Anträge

A10: Team Tier - für die vereinfachte Mitnahme von Tieren in öffentlichen Einrichtungen

Antragstext

1 Tiere sind treue Begleiter und sind sowohl in Alltags- als auch in
2 außerordentlichen Situationen für viele Menschen eine wichtige emotionale
3 Unterstützung.

4 In den Hausordnungen von den meisten öffentlichen Einrichtungen ist die Mitnahme
5 von Tieren, ausschließlich von Therapie- und Diensthunden, verboten. Da die
6 Ausbildung eines Therapie- oder Diensthundes sehr aufwendig und deshalb
7 kostenintensiv ist und diese speziell ausgebildeten Hunde auch insgesamt
8 schwierig zu bekommen sind, werden diese oft von nicht ausgebildeten Tieren
9 ersetzt.

10 Um die Mitnahme von nicht ausgebildeten Tieren zu ermöglichen, sprechen wir uns
11 JUNOS - Junge liberale NEOS für die vereinfachte Mitnahme von Tieren in
12 öffentliche Einrichtungen (wie Hochschulen oder Ämtern) aus. Voraussetzung für
13 die Mitnahme von Tieren in öffentliche Einrichtungen kann eine fachgerechte
14 Ausbildung, wie für Hunde bereits im Beschluss „Einführung einer bundesweiten
15 Regelung zur Hundehaltung“ vom XXI. Bundeskongress gefordert, sein. Außerdem
16 kann es aus hygienischen Gründen (Krankenhäuser, Labore etc.) und für
17 Listenhunde und weitere Tiere Ausnahmeregelungen geben.

ANTRAG

Antragsteller*in: Christoph Perner

Tagesordnungspunkt: 9.3 Weitere Anträge

A11: Dem Ehrenamt wieder Ehre geben

Antragstext

1 **Begründung:**

2 In Österreich ist es Tradition, sich ehrenamtlich zu engagieren. Europaweit gibt
3 es lt. der Austria Presse Agentur (Bericht 12.Mai 2018) kein Land in dem
4 verhältnismäßig so viele ehrenamtlich aktiv sind, nämlich 3,3 Millionen
5 Personen. Aus der Gruppe der 19-bis 29- jährigen ist es beinahe jede_r Zweite.

6 Auch prägt das Ehrenamt die Kulturlandschaft, damit auch unser tägliches Leben.
7 Einsatzorganisationen wie Freiwillige Feuerwehr, Rettungsdienste und Bergrettung
8 genießen ein hohes Vertrauen der Zivilbevölkerung.

9 Ehrenamtliche verfügen über große Zivilcourage, Flexibilität, Zusammenhalt und
10 Hilfsbereitschaft und meistern in einem immer größer werdenden Ausmaß
11 (Stichwort: Katastrophen als Folgen des Klimawandels, lt. Global 2000 erfolgte
12 eine Steigerung der Hochwassereinsätze um 40%) freiwillig übernommene Pflichten
13 neben Beruf und Familie.

14 Die hohe Sozialkompetenz und das Miteinander, welches seit Generationen in den
15 Freiwilligenorganisationen gelebt werden, bringt Menschen unterschiedlichster
16 Herkunft und aus verschiedensten Gesellschaftsschichten zusammen. Geselligkeit
17 und Zusammenhalt werden in den Vereinen hochgehalten und in Form von Ausflügen
18 und sportlichen Aktivitäten gelebt. Das ist wesentlich für eine reibungslose
19 Zusammenarbeit bei den Einsätzen.

20 Viele Bereiche unseres täglichen Umfeldes sind ohne ehrenamtliches Engagement
21 kaum oder gar nicht finanzierbar. Die Kosten einer vollkommenen Verberuflichung
22 ehrenamtlicher Tätigkeiten, allen voran in den Einsatzorganisationen, würde den
23 österreichischen Staatshaushalt vor immense finanzielle Herausforderungen
24 stellen und gleichzeitig würde viel Qualität und Menschennähe ohne
25 ehrenamtliches Engagement verloren gehen.

26 Ohne Ehrenamt gäbe keine schnelle Freiwillige Feuerwehr und auch keinen
27 flächendeckend qualifizierten Rettungsdienst in gewohnter Qualität.

28 Katastrophen und deren Aufarbeitung würden sich um Wochen und Monate verlängern
29 bzw. immense Mehrkosten im Bundeshaushalt verursachen.

30 Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren, sehen sich immer mehr mit Gewalt
31 konfrontiert. Sei es in Form von Beschimpfungen oder gar durch
32 Körperverletzungen. Hier auch konkrete Zahlen zur Gewalt aus einer Studie (im
33 Jahr 2012 veröffentlichte Studie aus Deutschland - NRW - zur Gewalt gegen
34 Rettungskräfte):

35 Jedes Jahr erleben 98% der Studienteilnehmer_innen verbale Gewalt.

- 36 • Fast 6 von 10 Teilnehmer_innen hatten zum Zeitpunkt der Studie auch im
37 Jahr davor physische Übergriffe erlebt.

- 38 • Freiwillige im Rettungswesen sehen Mängel bei der Schulung zum Umgang mit
39 Gewalt in ihrer Ausbildung. Regelmäßige Fortbildungsmaßnahmen werden von
40 den Teilnehmern der Studie gefordert. Diese könnten auch durch einen
41 sicheren rechtlichen Rahmen, der die besondere Schutzwürdigkeit von
42 ehrenamtlich Engagierten unterstreicht, ein sinnvolles Mittel gegen die
43 Gewalt sein. Für näheres siehe: [https://www.unfallkasse-
44 nrw.de/service/nachrichten/studie-gewalt-gegen-rettungskraefte-im-einsatz-
45 513.html](https://www.unfallkasse-nrw.de/service/nachrichten/studie-gewalt-gegen-rettungskraefte-im-einsatz-513.html)

46 Ein großes Problem stellen mittlerweile aber auch Schaulustige dar, welche die
47 Einsatzkräfte am Ort des Geschehens behindern und so das Gefahrenpotenzial für
48 Einsatzkräfte erhöhen. Uniform und Helferbonus sind keine Garantie mehr, nicht
49 selbst Opfer von Gewalt zu werden.

50 In der Bundespolitik wird in Reden gerne das Engagement im Ehrenamt gelobt, es
51 bleibt jedoch meist ein Lippenbekenntnis. Konkrete Forderungen der
52 Einsatzorganisationen werden dagegen selten gehört oder gar umgesetzt.
53 Einsatzorganisationen müssen stets auf neue Umstände wie den Klimawandel oder

54 demografische Entwicklungen reagieren. Längerfristige Planungen, auf zehn oder
55 zwanzig Jahre, sind dagegen schwer möglich, da sich Katastrophen (Hochwasser,
56 Starkregen, Trockenheit, Schneechaos) mehrmals im Jahr wetterbedingt ereignen.
57 Und nicht zuletzt sorgt auch die SARS-Covid-19-Pandemie für erhebliche
58 Belastungen für die Einsatzorganisationen, vor allem bei der Bindung von
59 Ehrenamtlichen.
60 (Siehe:
61 [https://www.parlament.gv.at/PAKT/AKT/SCHLTHEM/SCHLAG/J2022/143Ehrenamt.sh-
62 tml#](https://www.parlament.gv.at/PAKT/AKT/SCHLTHEM/SCHLAG/J2022/143Ehrenamt.sh-tml#)) Technik sowie Geräte, welche man heute beschafft, können in wenigen Jahren
63 veraltet sein. Hier bedarf es einer Förderpolitik, welche zeitnah auf die
64 Anforderungen des Einsatzalltags reagiert, womit es dann ermöglicht wird, sich
effizient für künftige Herausforderungen zu rüsten.

65 **Beschluss:**

66 Der Bundeskongress der JUNOS - Junge liberale NEOS möge daher beschließen:

67 Wir setzen uns für einen besseren Schutz, eine höhere Anerkennung, eine
68 zielgerichtetere Förderung und langfristige Maßnahmen für den Erhalt der
69 ehrenamtlich fundierten Einsatzorganisationen ein. Dies soll passieren durch:

- 70 • Regelmäßige Studien zur Gewalt gegen Einsatzkräfte auch in Österreich (für
71 Vergleichbarkeit & Evaluation von Maßnahmen). Einerseits legislativ zum
72 besonderen Schutz der Schlagkraft von Einsatzorganisationen (s. unten) und
73 weitreichende Fortbildungsangebote für Ehrenamtliche in
74 Einsatzorganisationen für Deeskalation und Konfliktmanagement.
- 75 • Erweiterung des Strafgesetzbuches um eine Zusatzziffer § 126. StGB
76 (Schwere Sachbeschädigung) bei Beschädigung, Vandalismus oder
77 Brandstiftung an der Infrastruktur.

78 Neu: “ (3) Wer mutwillig durch die Tat an der Sache, dessen Folge die
79 unwiederbringliche Inbetriebnahme von einzelnen Einrichtungen und
80 Gerätschaften, die dem Zweck der Gefahrenabwehr oder Erhaltung
81 menschlichen Lebens dienen, herbeiführt, ist mit einer Freiheitsstrafe
82 mindestens sechs Monaten bis zu fünf Jahren zu bestrafen.”

- 83 • Entwicklung einer gemeinsamen Info-Kampagne des Innenministeriums mit dem
84 Bundesverband Rettungsdienst, Bergrettungsdienst, Zivilschutzverband
85 Österreich, Polizei und den Medien des ORF nach dem Vorbild aus
86 Deutschland. Ziel der Kampagne ist es, Interessierte zu motivieren und

- 87 Gewalt gegen Einsatzkräfte zu sensibilisieren.
88 Siehe <https://sicherheit.bund.de/> Die Förderung des Ehrenamts darf und kann
89 nicht allein die Aufgabe der Freiwilligenorganisationen selbst sein. Die
90 ehrenamtlichen Einsatzorganisationen handeln im Allgemeininteresse und
91 daher ist die Förderung des Ehrenamts - insbesondere die Motivierung zum
92 und die Werbung für ehrenamtliches Engagement - eine (teil-)staatliche
93 Aufgabe.
- 94 • Ausbau/Stärkung der Stellen zur Stressbewältigung und traumatischen
95 Erlebnissen nach Einsätzen. Dem jetzt Großteils ehrenamtlich gestützten
96 System soll zur Verkürzung von Wartezeiten und besserer Bedarfsdeckung mit
97 Möglichkeiten von staatlicher Seite geholfen werden.

 - 98 • Um die Nachwuchssorgen zu bekämpfen und bei der Mitgliedergewinnung zu
99 unterstützen, soll zum einen ein Besuch einer Organisation des Feuerwehr-
100 und Rettungswesens sowie Katastrophenschutzes in den Unterrichtsplänen der
101 Länder verankert werden, weiters treten wir für die Etablierung regionaler
102 Strukturen (z. B. Ferienprogramme von Gemeinden ein), welche die Arbeit
103 von freiwilligen Blaulichtorganisationen für Kinder & Jugendliche
104 veranschaulichen und erlebbar machen.

 - 105 • Vergünstigungen für Ehrenamtliche bei Nachweis der Tätigkeit durch
106 Dienstaussweise o. ä. (z.B. vergünstigte Eintritte in Kommunalbetrieben wie
107 Freibäder, Ermäßigung Klimaticket, Museen und Kulturstätten)

 - 108 • Stärkere Berücksichtigung freiwilligen Engagements bei Bewerbungen in
109 öffentlichen und landesbeteiligten Unternehmen bzw. bei Aufnahmetests für
110 Studenten (z.B. Medizinstudium)

 - 111 • Digitalisierte Abarbeitung und Dokumentation von Einsätzen soll in diesem
112 Bereich flächendeckend verfügbar werden. Tools auf Tablet-PCs reduzieren
113 die Zettelwirtschaft und sorgen für eine flüssigere
114 Informationsbeschaffung. Im Fall des Rettungsdienstes kann so auch der
115 Fokus vermehrt auf das Wesentliche des Einsatzes gelegt werden, nämlich
116 auf die zu betreuenden Patient_innen. Eine Ankaufsaktion von Tablets über
117 die Bundesbeschaffung ist hier sinnvoll. Wichtig dabei ist es vor allem,
118 bei diesem Transformationsprozess die Ehrenamtlichen nicht zu bevormunden,
119 sondern sie zwischen verschiedenen Varianten wählen zu lassen.
120 Digitalisierung darf kein Zwang werden, sondern soll eine attraktive
121 Option werden.

ANTRAG

Antragsteller*in: Sebastian Werkl

Tagesordnungspunkt: 9.3 Weitere Anträge

A12: Liberalisierung von Verwaltungsstrafen - Ersatzfreiheitsstrafen abschaffen!

Antragstext

1 Wir JUNOS - Junge liberale NEOS sind der Überzeugung, dass eine Haftstrafe immer
2 die Ultima Ratio sein muss, die Strafmaßnahme, wenn alle anderen Strafmaßnahmen
3 nicht gewirkt haben. Deshalb setzen wir uns für eine Abschaffung des §16 VStG
4 ein, in welchem Ersatzfreiheitsstrafen beschrieben werden. Während es im
5 Strafrecht und auch im Finanzstrafrecht bereits möglich ist, eine
6 Ersatzfreiheitsstrafe durch gemeinnützige Arbeit zu umgehen, gibt es diese
7 Option im Verwaltungsstrafrecht noch nicht.

8 Einerseits stellen die Ersatzfreiheitsstrafen eine Diskriminierung finanziell
9 schwacher Bevölkerungsteile dar, weil eine Ersatzfreiheitsstrafe nicht ohne
10 Grund als Ersatz der Geldstrafe herangezogen werden kann. Eine
11 Ersatzfreiheitsstrafe ist nur im Falle der Uneinbringlichkeit der Geldstrafe
12 anzutreten. Erst wenn die Einbringungsmaßnahmen (Exekution) erfolglos waren,
13 kommt es zu einer Ersatzfreiheitsstrafe. Davon waren im Jahr 2022 immerhin 5243
14 Menschen betroffen.

15 Andererseits sind Ersatzfreiheitsstrafen auch für den Staat teuer. Ein Häftling
16 im Justizvollzug kostete Österreich in den Jahren 2019-2021 zwischen 144 und 151
17 Euro pro Tag. Für Häftlinge, die eine Ersatzfreiheitsstrafe in
18 Polizeianhaltezentren verbüßen, wurden insgesamt im Jahr 2017 13,4 Mio. Euro
19 ausgegeben.

20 Des Weiteren gibt es selbstredend noch andere persönliche Konsequenzen für

21 Menschen, die eine Ersatzfreiheitsstrafe verbüßen müssen. Selbst bei kurzen
22 Haftstrafen gibt es eine latente Gefahr des Jobverlusts und damit
23 zusammenhängende weitere soziale Probleme wie etwa Wohnungslosigkeit. Außerdem
24 gibt es klarerweise auch ein soziales Stigma von Menschen, die inhaftiert waren.
25 Ganz zu schweigen von den Problemen, die Alleinerziehende haben, ihre Kinder
26 unterzubringen, wenn sie eine Ersatzfreiheitsstrafe ableisten.

27 Dies alles spricht gegen die bis jetzt gängige Praxis der Ersatzfreiheitsstrafen
28 im Bereich von Verwaltungsdelikten. Natürlich ist es aber auch keine Option,
29 Menschen, die eine Geldbuße nicht bezahlen können, straffrei davonkommen zu
30 lassen. Deshalb fordern wir JUNOS - Junge liberale NEOS, dass an die Stelle von
31 Ersatzfreiheitsstrafen auch im Bereich des Verwaltungsstrafrechts gemeinnützige
32 Arbeit tritt. Im Jahr 2017 wurde von der damaligen SPÖ-ÖVP Regierung bereits
33 eine derartige Reform vorgelegt. Leider ist diese den darauf folgenden
34 Regierungsumbildungen zum Opfer gefallen. Bis dato wurde keine neue
35 Gesetzesnovelle erarbeitet. Wir fordern eine Beendigung dieses Missstandes im
36 Verwaltungsstrafrecht.

ANTRAG

Antragsteller*in: *Peter Berry, Julian Fritsch, Ines Holzegger, Wenzel Röhsner, Anna Stürgkh*

Tagesordnungspunkt: *9.3 Weitere Anträge*

A13: Schluss mit dem gallischen Dorf - Echte Unterstützung für die Ukraine

Antragstext

1 *Wir schreiben das Jahr 2023 nach Christus. Teile des Territoriums der Ukraine*
2 *sind nach wie vor von den Truppen der Russischen Föderation besetzt. Ganz Europa*
3 *ist von dieser Tatsache entsetzt. Ganz Europa? Nein! Ein von unbeugsamen*
4 *Menschen bewohntes Land im Osten der Alpen hört nicht auf, dieser neuen Realität*
5 *Widerstand entgegenzusetzen.*

6 Österreichs Beziehung zur Russischen Föderation ist schon seit langem höchst
7 problematisch. Zahlreiche (Ex-)PolitikerInnen haben und hatten enge persönliche
8 finanzielle Beziehungen zu russischen Unternehmen. Parteien stehen im steten
9 Austausch mit dem russischen Regime. Die Energiewirtschaft ist in unbilligen
10 Ausmaß von russischen fossilen Brennstoffen abhängig, und russische Spione
11 betrachten Österreich als sicheren Hafen in der EU. Die österreichische
12 Außenpolitik war stets eine verlässliche Stimme gegen starke Sanktionen als
13 Reaktion auf russische Aggression.

14 Während diese Haltung in früheren Zeiten - wiewohl sie moralisch höchst
15 bedenklich war - eine gewisse (finanzielle) Logik innewohnte, ist sie nach
16 Beginn des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine vollends untragbar
17 geworden. Während andere Länder bereits weitgehende Schritte unternommen haben,
18 um sich von russischer Energie unabhängig zu machen, bezieht Österreich
19 weiterhin den Großteil seines Erdgases aus Russland. Österreich beteiligt sich
20 als absolute Ausnahme innerhalb der EU nicht an den europäischen
21 Waffenlieferungen. Während etwa die Tschechische Republik der Ukraine ein

22 Drittel ihrer Panzer zur Verfügung stellt und Estland ein Prozent ihres BIPs für
23 militärische Hilfe leistet, beteiligt sich Österreich überhaupt nicht an den
24 Waffenlieferungen.

25 Ebenso beteiligt sich Österreich nicht an Projekten, welche die Ukraine etwa bei
26 der Entminung der ehemals von russischen Truppen besetzten Gebiete unterstützen,
27 obwohl die ukrainische Zivilbevölkerung nach wie vor massiv unter der
28 Minengefahr leidet.

29 Dieser Zustand ist für die JUNOS - Junge Liberale NEOS nicht hinnehmbar.

30 Die Jungen Liberalen NEOS halten es für unabdingbar, dass sich Österreich
31 endlich in angemessenem Ausmaß an der Unterstützung der Ukraine durch die
32 Europäische Union beteiligt. Die scheinbare Neutralität ist hierfür kein
33 rechtliches Hindernis und darf keine Ausrede für Untätigkeit seitens Österreichs
34 sein. Dies ist nicht nur aus moralischer Hinsicht unbedingt notwendig, sondern
35 wäre auch dringend geboten, um das außenpolitische Ansehen Österreichs zu
36 wahren.

37 Ebenso darf die Lieferung von Waffen durch das österreichische Bundesheer an die
38 ukrainischen Streitkräfte kein Tabu mehr sein. Nachhaltiger Frieden kann nur
39 durch eine deutliche militärische Niederlage der russischen Streitkräfte
40 hergestellt werden. Es ist im Sinne der europäischen Solidarität notwendig, dass
41 sich auch Österreich an dieser Anstrengung beteiligt. Zwar ist es richtig, dass
42 das Bundesheer durch jahrzehntelange Vernachlässigung kaputtgespart wurde und
43 eine militärische Unterstützung vermutlich nicht massiv sein kann, dass
44 allerdings überhaupt kein Material zur Verfügung stünde, das für die
45 ukrainischen Streitkräfte nützlich sein könnte, halten wir für äußerst
46 unwahrscheinlich. Mittelfristig halten wir es jedoch auch für unabdingbar, dass
47 das österreichische Bundesheer durch angemessene Investitionen in einen
48 einsatzfähigen Zustand gebracht wird.

49 Ebenso muss die Rolle Österreichs als "Flugzeugträger" der russischen
50 Geheimdienste in Europa endlich ein Ende haben. Wir fordern daher die
51 Neuaufstellung der österreichischen Geheimdienste und eine ernsthafte
52 Auseinandersetzung mit russischem Einfluss auf Wirtschaft, Finanzsystem und
53 Sicherheitspolitik.

54 Auch ist es für uns unerträglich, dass von der österreichischen Energiepolitik
55 noch immer kein sinnvoller Ersatz für russische Energie gefunden wurde und
56 offenbar auch kein vernünftiger Plan besteht, wie Österreich von Energieimporten
57 aus Russland unabhängig werden kann. Es ist schon lange an der Zeit, sowohl

58 durch den massiven Ausbau erneuerbarer Energien als auch durch die Ermöglichung
59 alternativer Importe konventioneller Energieträger die indirekte Finanzierung
60 des russischen Angriffskrieges durch österreichische Devisen zu unterbinden.

61 Die JUNOS - Junge Liberale NEOS fordern daher:

- 62 • Eine merkbare Erhöhung der humanitären Unterstützung der Ukraine durch die
63 Republik Österreich.

- 64 • Eine dringende Prüfung, ob das österreichische Bundesheer an der
65 humanitären Entminung des ukrainischen Staatsgebiets teilnehmen kann, sei
66 es durch einen Einsatz von Spezialisten, die Überlassung von Gerätschaften
67 oder die entsprechende Ausbildung von ukrainischen Fachkräften.

- 68 • Eine Lieferung von österreichischen Waffen an die ukrainischen
69 Streitkräfte im größtmöglichen Ausmaß, eine finanzielle Unterstützung der
70 Beschaffungsvorgänge des ukrainischen Militärs und eine österreichische
71 Beteiligung an der Ausbildung von ukrainischen Soldaten in westlichen
72 Waffensystemen.

- 73 • Eine merkbare Erhöhung des Verteidigungsetats und eine Wiederherstellung
74 der Einsatzfähigkeit des österreichischen Bundesheeres.

- 75 • Eine umfassende Bekämpfung des russischen (geheimdienstlichen) Einflusses
76 auf Österreich, unter anderem durch die Schaffung eines Straftatbestands
77 Spionage, sowie

- 78 • Die Energiewirtschaft Österreichs endlich zügig und dringlich von der
79 Verwendung von russischen Kohlenwasserstoffen unabhängig zu machen.

ANTRAG

Gremium: XXVII. Bundeskongress

Beschlussdatum: 04.06.2023

Tagesordnungspunkt: 9.3 Weitere Anträge

A14NEU2: Reiche Eltern für alle! – Finanzielle Chancenfairness durch ‘Baby Bonds’

Antragstext

Hintergrund

Die Wohlfahrtssysteme westlicher Demokratien zeichnen sich in der Regel durch ein dichtes Netz an Sozialleistungen, Subventionen und Förderungen aus. Österreich ist hierbei keine Ausnahme. Dieser Reigen an staatlichen Geldern kommt aber oftmals gerade nicht jenen zugute, die Unterstützung am dringendsten bräuchten, sondern vielmehr jenen, die wissen, bei welchen (vielzähligen) öffentlichen Stellen Gesuche eingereicht werden müssen. Statt somit jeder Bürgerin bzw. jedem Bürger eine faire Chance auf ein geglücktes Leben zu ermöglichen und deren individuelle Talente für die Maximierung des Gemeinwohls bestmöglich zu nutzen, erhalten Staaten diese ineffizienten, bürokratischen, historisch gewachsenen Systeme aufrecht.

Zugleich existiert gerade in Österreich keinerlei Verständnis für Aktien, Anleihen, ETFs oder jede Art finanzieller (Langzeit)investments abseits von Sparbuch, Bausparvertrag oder Lebensversicherung. In Zeiten von durch staatliche Geldpolitik befeuerter Inflation und Niedrigzinsen bedeutet dies eine schleichende Enteignung der breiten Masse der Bevölkerung. Umso dringlicher wäre es Aufgabe umsichtiger sozialer Politik, den Bürger_innen Wissen und Werkzeuge an die Hand zu geben, damit diese ihre eigene finanzielle Zukunft planen können.

19 Wir, JUNOS - Junge Liberale NEOS, sind der Überzeugung, dass die Lösung dieser
20 Problematiken nicht in kleinteiligen Reformen einzelner staatlicher
21 Förderinstrumente oder in der reinen Bereitstellung des nötigen Grundwissens
22 über Finanzmarkt und Finanzinstrumente liegt, sondern in einer grundlegenden
23 Systemumstellung. Wir schlagen hierfür die Einführung sogenannter 'Baby Bonds'
24 vor.

25 **Grundkonzept**

26 'Baby Bond' ist die Bezeichnung für einen langfristigen (staatlichen) Investment
27 Plan für Kinder, der bei deren Geburt beginnt und diesen mit dem Erreichen des
28 18. Lebensjahres ein finanzielles Startkapital zur Verfügung stellt.¹

29 Dies soll in Form eines passiv gemanagten ETFs mit einem weltweit
30 diversifizierten Portfolio geschehen (z.B. 70/30 Portfolio).

31 **Konkrete Ausgestaltung**

32 Die Basisfinanzierung der 'Baby Bonds' wird vom österreichischen Staat
33 bereitgestellt. Dieser zahlt bei der Geburt einer neuen Staatsbürgerin bzw.
34 eines neuen Staatsbürgers einmalig 10.000 € als Grundkapital ein. Eltern,
35 Verwandte oder andere Privatpersonen können ihrerseits Einzahlungen tätigen,
36 begrenzt mit dem Dreifachen des bis dahin eingezahlten Staatsbeitrags. Um diese
37 Form des privaten Investments attraktiv zu gestalten, sind die 'Baby Bonds' zur
38 Gänze steuerbefreit. Die konkrete staatliche Investmentstrategie basiert
39 grundsätzlich auf einem moderaten Risiko. Ab Vollendung des 16. Lebensjahres
40 können Jugendliche Änderungen bei der Veranlagung ihres 'Baby Bond' Portfolios
41 in einem gewissen Rahmen vornehmen. Dies allerdings nur, wenn sie einen
42 entsprechenden Bildungsnachweis im Bereich 'Financial Literacy' nachweisen. Um
43 sicherzustellen, dass diese Möglichkeit nicht an „reiche Eltern“ gekoppelt ist,
44 setzt sich JUNOS für eine Verankerung von Finanzbildung im schulischen
45 Fächerkanon ein. Das kann durch ein eigenes Schulfach oder als Querschnittsthema
46 aus mehreren Fächern vermittelt werden. Wird dieses Angebot nicht in Anspruch
47 genommen, steht jungen Menschen diese Option erst mit Erreichen der
48 Volljährigkeit offen. Das zu erwartende Endkapital pro Person, bei
49 Außerachtlassung privater Einzahlungen, würde bei einer jährlichen Rendite von 5
50 % um die 25.000 € betragen. Erhalten Minderjährige vor Vollendung des 18.
51 Lebensjahres die österreichische Staatsbürgerschaft, so ist das Grundkapital
52 aliquot mit einer durchschnittlichen Verzinsung von 4% p.a. einzuzahlen, sodass
53 echte Chancengerechtigkeit hergestellt werden.

54 **Auszahlung bzw. Verwendung der Mittel ab 18 Jahren**

55 Mit Erreichen der Volljährigkeit kann der nun mündige Erwachsene erstmals auf
56 das Kapital seines 'Baby Bonds' zugreifen. Vor entsprechender Auszahlung ist ein
57 verpflichtendes finanzielles Beratungsgespräch durchzuführen. Zuvor ist dies
58 weder ihm noch seinen Eltern bzw. Obsorgeberechtigten möglich. Es existiert
59 keine wie auch immer geartete staatliche Beschränkung der Verwendung der
60 auszuzahlenden Beträge. Diese können für ein etwaiges Studium, die Gründung
61 eines Unternehmens, die Anzahlung einer Immobilie, als Pensionsvorsorge oder
62 auch für den privaten Konsum aufgewendet werden. Wenn das Kapital nicht
63 ausgezahlt und für die Pensionsvorsorge gewidmet wird, ist dies jedoch final -
64 es kann nun nicht mehr für anderes verwendet werden. Im Gegenzug entfällt die
65 Obergrenze privater Einzahlungen, diese sind nun unbegrenzt möglich. Aus der
66 Steuerbefreiung wird eine Steuerbegünstigung.

67 **Finanzierung**

68 Die Einführung der 'Baby Bonds' würde bei vollständiger Implementierung ca. 1,8
69 Prozent des derzeitigen Sozialbudgets des Bundes ausmachen. Um diese Summe
70 auszugleichen, schlagen wir folgende weitere Reformen vor, die sukzessive
71 umzusetzen sind:

- 72 • Die soziale Staffelung der Familienbeihilfe

- 73 • Die Einführung nachgelagerter Studiengebühren

- 74 • Die Durchforstung und Streichung bestehender Förderungen bzw. Subventionen
75 (junger Erwachsener), die nun nicht mehr notwendig sind (z.B.
76 Eigenmittellersatzdarlehen, etc.)

77 [1] <https://dictionary.cambridge.org/de/worterbuch/englisch/baby-bond>

78 [2] <https://de.extraetf.com/wissen/investieren-wie-der-norwegische-staatsfonds>

ANTRAG

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 9.3 Weitere Anträge

A14NEU: Reiche Eltern für alle! – Finanzielle Chancenfairness durch ‘Baby Bonds’

Antragstext

Hintergrund

Die Wohlfahrtssysteme westlicher Demokratien zeichnen sich in der Regel durch ein dichtes Netz an Sozialleistungen, Subventionen und Förderungen aus. Österreich ist hierbei keine Ausnahme. Dieser Reigen an staatlichen Geldern kommt aber oftmals gerade nicht jenen zugute, die Unterstützung am dringendsten bräuchten, sondern vielmehr jenen, die wissen, bei welchen (vielzähligen) öffentlichen Stellen Gesuche eingereicht werden müssen. Statt somit jeder Bürgerin bzw. jedem Bürger eine faire Chance auf ein geglücktes Leben zu ermöglichen und deren individuelle Talente für die Maximierung des Gemeinwohls bestmöglich zu nutzen, erhalten Staaten diese ineffizienten, bürokratischen, historisch gewachsenen Systeme aufrecht.

Zugleich existiert gerade in Österreich keinerlei Verständnis für Aktien, Anleihen, ETFs oder jede Art finanzieller (Langzeit)investments abseits von Sparbuch, Bausparvertrag oder Lebensversicherung. In Zeiten von durch staatliche Geldpolitik befeuerter Inflation und Niedrigzinsen bedeutet dies eine schleichende Enteignung der breiten Masse der Bevölkerung. Umso dringlicher wäre es Aufgabe umsichtiger sozialer Politik, den Bürger_innen Wissen und Werkzeuge an die Hand zu geben, damit diese ihre eigene finanzielle Zukunft planen können.

Wir, JUNOS - Junge Liberale NEOS, sind der Überzeugung, dass die Lösung dieser Problematiken nicht in kleinteiligen Reformen einzelner staatlicher

21 Förderinstrumente oder in der reinen Bereitstellung des nötigen Grundwissens
22 über Finanzmarkt und Finanzinstrumente liegt, sondern in einer grundlegenden
23 Systemumstellung. Wir schlagen hierfür die Einführung sogenannter 'Baby Bonds'
24 vor.

25 **Grundkonzept**

26 'Baby Bond' ist die Bezeichnung für einen langfristigen (staatlichen) Investment
27 Plan für Kinder, der bei deren Geburt beginnt und diesen mit dem Erreichen des
28 18. Lebensjahres ein finanzielles Startkapital zur Verfügung stellt.¹

29 Dies soll in Form eines passiv gemanagten ETFs mit einem weltweit
30 diversifizierten Portfolio geschehen (z.B. 70/30 Portfolio).

31 **Konkrete Ausgestaltung**

32 Die Basisfinanzierung der 'Baby Bonds' wird vom österreichischen Staat
33 bereitgestellt. Dieser zahlt bei der Geburt einer neuen Staatsbürgerin bzw.
34 eines neuen Staatsbürgers einmalig 10.000 € als Grundkapital ein. Eltern,
35 Verwandte oder andere Privatpersonen können ihrerseits Einzahlungen tätigen,
36 begrenzt mit dem Dreifachen des bis dahin eingezahlten Staatsbeitrags. Um diese
37 Form des privaten Investments attraktiv zu gestalten, sind die 'Baby Bonds' zur
38 Gänze steuerbefreit. Die konkrete staatliche Investmentstrategie basiert
39 grundsätzlich auf einem moderaten Risiko. Ab Vollendung des 16. Lebensjahres
40 können Jugendliche Änderungen bei der Veranlagung ihres 'Baby Bond' Portfolios
41 in einem gewissen Rahmen vornehmen. Dies allerdings nur, wenn sie einen
42 entsprechenden Bildungsnachweis im Bereich 'Financial Literacy' nachweisen. Um
43 sicherzustellen, dass diese Möglichkeit nicht an „reiche Eltern“ gekoppelt ist,
44 setzt sich JUNOS für eine Verankerung von Finanzbildung im schulischen
45 Fächerkanon ein. Das kann durch ein eigenes Schulfach oder als Querschnittsthema
46 aus mehreren Fächern vermittelt werden. Wird dieses Angebot nicht in Anspruch
47 genommen, steht jungen Menschen diese Option erst mit Erreichen der
48 Volljährigkeit offen. Das zu erwartende Endkapital pro Person, bei
49 Außerachtlassung privater Einzahlungen, würde bei einer jährlichen Rendite von 5
50 % um die 25.000 € betragen. Erhalten Minderjährige vor Vollendung des 18.
51 Lebensjahres die österreichische Staatsbürgerschaft, so ist das Grundkapital
52 aliquot mit einer durchschnittlichen Verzinsung von 4% p.a. einzuzahlen, sodass
53 echte Chancengerechtigkeit hergestellt werden.

54 **Auszahlung bzw. Verwendung der Mittel ab 18 Jahren**

55 Mit Erreichen der Volljährigkeit kann der nun mündige Erwachsene erstmals auf
56 das Kapital seines 'Baby Bonds' zugreifen. Vor entsprechender Auszahlung ist ein
57 verpflichtendes finanzielles Beratungsgespräch durchzuführen. Zuvor ist dies
58 weder ihm noch seinen Eltern bzw. Obsorgeberechtigten möglich. Es existiert
59 keine wie auch immer geartete staatliche Beschränkung der Verwendung der
60 auszuzahlenden Beträge. Diese können für ein etwaiges Studium, die Gründung
61 eines Unternehmens, die Anzahlung einer Immobilie, als Pensionsvorsorge oder
62 auch für den privaten Konsum aufgewendet werden. Wenn das Kapital nicht
63 ausgezahlt und für die Pensionsvorsorge gewidmet wird, ist dies jedoch final -
64 es kann nun nicht mehr für anderes verwendet werden. Im Gegenzug entfällt die
65 Obergrenze privater Einzahlungen, diese sind nun unbegrenzt möglich. Aus der
66 Steuerbefreiung wird eine Steuerbegünstigung.

67 **Finanzierung**

68 Die Einführung der 'Baby Bonds' würde bei vollständiger Implementierung ca. 1,8
69 Prozent des derzeitigen Sozialbudgets des Bundes ausmachen. Um diese Summe
70 auszugleichen, schlagen wir folgende weitere Reformen vor, die sukzessive
71 umzusetzen sind:

- 72 • Die soziale Staffelung der Familienbeihilfe

- 73 • Die Einführung nachgelagerter Studiengebühren

- 74 • Die Durchforstung und Streichung bestehender Förderungen bzw. Subventionen
75 (junger Erwachsener), die nun nicht mehr notwendig sind (z.B.
76 Eigenmittellersatzdarlehen, etc.)

77 [1] <https://dictionary.cambridge.org/de/worterbuch/englisch/baby-bond>

78 [2] <https://de.extraetf.com/wissen/investieren-wie-der-norwegische-staatsfonds>

ANTRAG

Antragsteller*in: *Manuel Grubmüller, Felix Schnabl*

Tagesordnungspunkt: *9.3 Weitere Anträge*

A15: Der österreichische Weg zur Knechtschaft. Landesbudgets dürfen keine Handkasse sein!

Antragstext

1 In Zeiten von immer stärkerem kollektivistischen Populismus (sei es von seiten
2 von ÖVP und SPÖ, die sich panisch an ihre Macht im Land bzw Bund klammern, von
3 der zukunftsvergessenen FPÖ oder auch vom linken Rand) müssen wir besonders
4 darauf achten, dass nicht auf Kosten von morgen gewirtschaftet wird. Um das zu
5 gewährleisten, setzt Junge Liberale NEOS - JUNOS sich bereits seit langem für
6 eine Schuldenbremse im Verfassungsrang ein¹.

7 Doch gerade jetzt sehen wir, dass die Populist:innen dort am spendabelsten sind,
8 wo am wenigsten politische Kontrolle herrscht: Auf Landesebene. Sei es im
9 Burgenland unter Hans-Peter Doskozil² oder in Niederösterreich unter Johanna
10 Mikl-Leitner, regelmäßig verteilen in Österreich kollektivistische
11 Landeskaiser:innen das Geld der Bürger:innen in Gutsherrenart.

12 Es braucht daher auch für die Landesebene ein starkes Regelwerk, das
13 zukunftsvergessenen Finanzen und ungeniertem Stimmenkauf einen Riegel
14 vorschiebt. Damit dieses Regelwerk nicht zu leicht von mächtigen
15 Landeshauptleuten und ihren willfährigen Adlaten abgeändert werden kann, wollen
16 wir es auf die höchste Ebene heben.

17 **Erstens** setzt sich Junge Liberal NEOS - JUNOS für eine **Schuldenbremse auf**
18 **Landesebene** in Bundesverfassungsrang ein. Nach den selben Modalitäten wie auf
19 Bundesebene soll diese Schuldenbremse kein Schuldenverbot sein. Sie soll aber
20 garantieren, dass die Länder in guten Zeiten nicht über ihre Verhältnisse leben.

21 Allzu häufig verwenden Landeshauptleute die gute Bonität ihres Bundeslandes aber
22 auch, um mittels Landesgarantien ein Netzwerk an staatsnahen Unternehmen
23 indirekt zu unterstützen. Was auf den ersten Blick wie ein unschuldiges Spiel
24 ohne Folgen wirkt, kann mittelfristig einschneidende Auswirkungen auf die
25 zukünftigen Generationen haben. Nur sind die Verantwortlichen dann schon längst
26 aus dem Amt geschieden.

27 Kärnten ist hierbei ein mahnendes Beispiel. Unter Jörg Haider hatte Kärnten
28 zeitweise Haftungen von bis zu 24 Milliarden Euro im Zusammenhang mit
29 Geldgeschäften der Hypo Alpe Adria übernommen. Nach dem Ende seiner Zeit im Amt
30 implodierte die Hypo Alpe Adria, was das Bundesland fast in die Pleite trieb -
31 bevor der Bund mit Milliarden an Steuergeld einspringen musste.³

32 **Zweitens** setzt sich Junge Liberale NEOS - JUNOS dementsprechend für eine
33 **Deckelung der Gesamthöhe an erlaubten Landesgarantien** ein. Kein Bundesland
34 sollte mehr für ein vielfaches seines Landesbudgets haften dürfen.

35 Neben klaren Grenzen braucht es auch mehr Kontrolle. Hierbei sind insbesondere
36 die Landesrechnungshöfe eine wichtige Einrichtung. Selbst wenn gemäß Art 127 B-
37 VG auch der Bundesrechnungshof die Finanzgebarung der Länder kontrollieren kann,
38 wird das Groß der Kontrollarbeit durch die von den Ländern eingerichteten
39 Landesrechnungshöfe erfüllt. Im Gegensatz zum Bundesrechnungshof ist aber weder
40 die Unabhängigkeit, noch die Existenz dieser Landesrechnungshöfe
41 bundesverfassungsrechtlich abgesichert.

42 Beispielhaft dafür ist, dass das Land Niederösterreich erst seit 1. Juli 1998
43 über einen Landesrechnungshof verfügt.⁴ Das unterstreicht, dass die Existenz
44 dieser wichtigen Institutionen alles andere als selbstverständlich ist.

45 Selbst wenn in der jüngeren Vergangenheit glücklicherweise kein
46 Landesrechnungshof durch einen Skandal erschüttert wurde, bleibt festzuhalten,
47 dass die Leitungen der Landesrechnungshöfe in mehreren Bundesländern nur mit
48 einfachem Mehrheitsbeschluss durch den Landtag bestellt werden⁵. Ebenso ist in
49 mehreren Bundesländern eine Wiederwahl der Leitung des Landesrechnungshofes
50 zulässig⁶. Eine solche Möglichkeit der Wiederwahl birgt das Risiko, dass eine
51 Anbiederung an die Mehrheit im Land stattfindet.

52 **Drittens** setzten sich die Jungen Liberalen NEOS - JUNOS also für eine
53 **bundesverfassungsgesetzliche Verankerung der Landesrechnungshöfe** ein. Ebenso
54 sollen bundesweit einheitliche Mindeststandards für die Wahl der Leitung des
55 Landesrechnungshofes gesetzt werden.

56 Die effizienteste Kontrolle der Politik ist in einer demokratischen Republik
57 aber immer die Kontrolle durch die Wählenden. Damit die Entscheidung der
58 Wahlbevölkerung aber nicht durch eine falsche oder irreführende Darstellung der
59 Landesfinanzen beeinflusst wird, ist es von großer Bedeutung, dass die
60 Bürger:innen niederschwellig Einblick in die Finanzen ihres Bundeslandes nehmen
61 können. Nur echte Transparenz ist ein wirksames Mittel gegen billigen
62 Populismus.

63 Es reicht jedoch nicht, wenn Rohdaten veröffentlicht werden. Echte Transparenz
64 kann nur durch vollständige, vergleichbare und verständlich aufbereitete Daten
65 gewährleistet werden. Wir begrüßen hier das Inkrafttreten der Voranschlags- und
66 Rechnungsabschlussverordnung 2015 (VRV 2015), die bundesweit einheitliche
67 Standards für Voranschläge und Rechnungsabschlüsse von Gebietskörperschaften
68 geschaffen hat, und damit für Vergleichbarkeit gesorgt hat. Es gilt jedoch auch
69 hier nachzuschärfen, insbesondere im Hinblick auf die Verschuldung landesnaher
70 Unternehmungen.

71 Damit diese Daten den Bürger:innen aber auch wirklich einen fundierten Überblick
72 über die Finanzen ihres Bundeslandes verschaffen, braucht es auch eine zugleich
73 präzise und niederschwellige Aufbereitung dieser Daten.

74 **Viertens** setzten sich die Jungen Liberalen NEOS - JUNOS für einen durch den
75 Bundesrechnungshof betreuten **“Schuldenmonitor”** ein, der als One-Stop-Lösung
76 einen Überblick über die Finanzen aller Gebietskörperschaften ermöglicht und für
77 Vergleichbarkeit sorgt.

78 Nur mit diesen Maßnahmen können wir anstatt eines Schuldversprechens, ein
79 Freiheitsversprechen für die zukünftigen Generationen absichern.

80 ¹ Siehe JUNOS-Beschluss: “Die Krise der Jugend fordert einen neuen
81 Generationenvertrag” beschlossen am 08.11.2020

82 ² Siehe zum Beispiel die Kritik des burgenländischen Landesrechnungshofes an dem
83 Finanzgebaren des Landes Burgenland und der ausgelagerten Entitäten des Landes
84 “Finanzschulden „Konzern Burgenland“” vom 31.12.2021.

85 ³ Siehe den Bericht des Rechnungshofes zu “Haftungen des Landes Kärnten für HYPO
86 ALPE-ADRIA-BANK INTERNATIONAL AG und HYPO ALPE-ADRIA-BANK AG” aus dem Jahr 2014.

87 ⁴ Siehe Website des NÖ Landesrechnungshofs [https://www.lrh-
88 noe.at/de/meldungen/landesrechnungshof-beging-sein-20-jaehriges-
89 bestehen#:~:text=Der%20N%C3%96%20Landtag%20hat%20mit,Jahr%201925%20geschaffene%20
90 -
91 0Kontrollamt%20ab.](https://www.lrh-noe.at/de/meldungen/landesrechnungshof-beging-sein-20-jaehriges-bestehen#:~:text=Der%20N%C3%96%20Landtag%20hat%20mit,Jahr%201925%20geschaffene%20Kontrollamt%20ab.)

92 ⁵ Hier kann man Beispielsweise die Regelung in Salzburg hervorheben, die nur
93 eine einfache Mehrheit bei der Wahl des Direktors des Landesrechnungshofes

94 vorsieht (§3 Abs 1 Salzburger. Landesrechnungshofgesetz 1993).
95 ⁶ Hier kann man Beispielsweise die Regelung in Niederösterreich hervorheben, die
96 eine mehrmalige Wiederbestellung ermöglicht (Art 52 Abs 5 NÖ Landesverfassung
1979).

ANTRAG

Antragsteller*in: Daniel Szankovich, Johannes Sablatnig

Tagesordnungspunkt: 9.3 Weitere Anträge

A16: ESports als Sport anerkennen

Antragstext

1 Momentan wird ESports in Österreich immer noch als bloße Spielerei am Computer
2 verstanden. Im Hochleistungsbereich des ESports sind jedoch täglich
3 mehrstündige Trainings erforderlich, damit Wahrnehmungsvermögen,
4 Reaktionsschnelle und Feinmotorik geschult werden. Diese historisch bedingte
5 Ungleichbehandlung ist jedoch aufgrund der aktuellen Entwicklung im Bereich des
6 eSport nicht mehr zu legitimieren. Insgesamt wird E-Sport bereits in über 60
7 Nationen von etablierten Verbänden des organisierten Sports anerkannt und
8 teilweise vom Staat gefördert. In Österreich wird dieser Schritt bislang
9 verweigert. Unter eSport wird im Allgemeinen einen Wettkampf, den Menschen in
10 Computer- oder Videospielen unterschiedlicher Genres austragen, verstanden.

11 Wir, JUNOS – Junge Liberale Neos, setzen uns aktiv für die Förderung des
12 ESports ein. Deshalb fordern wir die Anerkennung des ESports in Österreich als
13 offizielle Sportart.

14 ESports Titel, die eine anerkannte Sportart nachspielen oder an eine anerkannte
15 Sportart angelehnt sind, sind nach Auffassung der JUNOS auf jeden Fall als
16 gemeinnützig einzustufen. Für die Gemeinnützigkeit von anderen Titeln, muss
17 für die Anerkennung als gemeinnütziger Sport zumindest eine
18 Wettbewerbsfähigkeit gegeben sein.

19 Weiteres Kriterium für die Einstufung des eSport-Titel als gemeinnütziger
20 Sport ist der Gesamteindruck.

21 Indikatoren dafür können unter anderem sein:

- 22 • Leistungsfähigkeit
- 23 • ein über das übliche Maß hinausgehende körperliche Ertüchtigung
- 24 • persönlichen Können zurechenbare Kunstbewegung
- 25 • Hand-Auge-Koordination
- 26 • Reaktionsgeschwindigkeit
- 27 • taktisches Geschick
- 28 • Spielübersicht
- 29 • Durchhaltevermögen
- 30 • Vorausschauendes Denken
- 31 • Räumliches Orientierungsvermögen

32 ESports wird den österreichischen Videospielemarkt fördern und Österreich als
33 ein Vorreiterland in Sachen ESports dastehen lassen. Die damit verbundenen
34 Erleichterungen bei der Beantragung für VISA für Spieler aus nicht EU-Länder
35 und die Förderung von ESports Vereinen wird eine Vergrößerung und
36 Attraktivierung des ESports zur Folge haben.

37 Da nicht alle Generationen mit dem Thema ESports aufgewachsen sind, ist es aus
38 der Sicht der JUNOS wichtig, auch die Aufklärungsarbeit für Eltern zu
39 berücksichtigen und mit den alten und widerlegten Klischees wie dies der
40 „Killerspiele“ aufzuräumen.

41 Um bereits die Jüngsten für das Thema ESports zu sensibilisieren und um auf
42 das Thema ESports aufmerksam zu machen, soll dieser in Zukunft im
43 Informatikunterricht behandelt werden.

ANTRAG

Antragsteller*in: *Peter Berry, Christoph Hofer*

Tagesordnungspunkt: *9.3 Weitere Anträge*

A17: Freier Übergang für freie Bürger_innen

Antragstext

1 JUNOS - junge liberale NEOS glauben an die Eigenverantwortung und Mündigkeit
2 der Bürger_innen. Das gilt auch für Fußgänger_innen im Straßenverkehr.

3 Fußgänger_innen sind in der Lage, das eigene Risiko beim Überqueren der
4 Straße ausreichend einzuschätzen. Eine Ampelschaltung im Sinne des Schutzes
5 und des Vorrangs der Fußgänger_innen ist zwar notwendig, allerdings kann wie
6 in zahlreichen anderen Ländern eine rote Ampel für Fußgänger_innen eine
7 Empfehlung und keine Pflicht darstellen.

8 Der Zwang, eine sinnlose Regelung einzuhalten, bei deren Bruch niemandem Schaden
9 zugefügt wird, erzieht autoritätsabhängige Untertanen und kann nicht im Sinne
10 einer liberalen Gesellschaft sein.

11 Die stetige Nichteinhaltung einzelner Regeln durch die Bürger_innen, wie diese
12 bei der Straßenüberquerung in Österreich passiert, schwächt das
13 Gesamtregelwerk und letztendlich den Rechtsstaat.

14 Weiters werden zahllose Stunden beim unnötigen Warten verschwendet, die
15 entweder in eine höhere wirtschaftliche Produktivität oder in eine bessere
16 Nutzung der Freizeit investiert werden könnten.

17 Die polizeilichen Kontrollen und daraus entstehenden Geldstrafen dienen nicht
18 nur einer schleichenden Unterdrückung der Bevölkerung, sondern auch letzten
19 Endes einer versteckten Finanzierung des aufgeblähten Staatsapparates, die es

20 aus liberaler Sicht eindeutig abzulehnen gilt.

21 Der öffentliche Raum gehört den Bürger_innen und nicht dem Staat. Eine
22 staatliche Umverteilung zugunsten des motorisierten Individualverkehrs, der vor
23 allem im urbanen Raum von staatlichen Eingriffen profitiert, ist ebenso aus
24 liberaler Sicht nicht vertretbar. Nicht notwendige Verbote für
25 Fußgänger_innen bei der freien Nutzung des öffentlichen Raumes sind
26 schleunigst zu beseitigen.

27 Aus diesen Gründen setzen sich JUNOS - junge liberale NEOS für eine Reform des
28 § 76 StVO, welche die Möglichkeit der ungehinderten Straßenüberquerung nach
29 eigener Risikoabschätzung sowohl bei roter Ampel als auch bei mangelnder
30 vorgegebener Überquerungsgelegenheit veranlasst. Lediglich auf Autobahnen soll
31 die freie Überquerung untersagt bleiben.